Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.64 19. 1. 1975

6 frankfurt
hamburger allee 45
tel.0611/704352

bürozeiten:
mo, mi, fr 11-15 uhr

postscheckkonto
w.spruck, 6 ffm 60
nr. 52 52 28 - 602

verantwortlich:
w.spruck
ffm, karbener str. 1

redaktionsschluß
freitag 20 Uhr

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 bochum-querenbg
esg
lennershofstr. 66/VIII
tel. 70 14 65

5 köln
pol. buchladen
zülpicherstr. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01391267

monatsabo dm 6.-
(gegen vorkasse)

HAUSMITTEILUNG

BERICHT VON DER ID-WEIHNACHTSDISKUSSION

da der ID bisher eine zeitung für linke leute war, die die nachrichten eher konsumierten als weiterverarbeiteten, müssen wir prüfen, wieweit unser ursprüngliches konzept,eine nachrichtenagentur für multiplikatoren zu sein und zu werden, durch die entwicklung in frage gestellt wurde.

immerhin der ID als magazin in der jetzigen form füllt sicher eine informationslücke innerhalb der linken, bleibt aber auf sie beschränkt. daß wir nicht im vorgesehenen maße ein nachrichtendienst für z. b. jugendhäuser, stadtteil-, betriebs- und sonstige gruppen, zeitungen, blättchen u. ä. geworden sind, liegt einmal dararr, daß die ID informationen für diese zwecke nicht handhabbar genug sind und wir zu dem großteil unserer potentiellen und tatsächlichen adressaten kein direktes verhältnis haben. somit diese gruppen auch über die möglichen funktionen des ID für ihre eigene arbeit nur wenig vorstellungen entwickelt und mit uns diskutiert haben. kurz: der kommunikationsfluß, oder noch schöner: das feed-back hat nicht ganz hingehauen. eine ID-meldung am besetzten haus oder ein unverhofftes belegexemplar reichen da nicht aus.

immer noch ist der anteil der wirklichen basisberichte von otto normalgenosse viel zu niedrig, ist der anteil der erklärungen und presseausschnitte zu groß. zum anderen stellt uns die anonymität vieler meldungen vor große redaktionelle schwierigkeiten. wie lassen sich kriterien finden, die eingegangenen meldungen so für den druck auszuwählen und die ausgewählten artikel so zu komprimieren und zu redigieren, daß der informationsgehalt adäquat wiedergegeben wird, ohne daß die meldung hinter der redaktionellen arbeit verschwindet? um einfache pannen zu vermeiden müssen wir uns ganz einfach ein größeres maß der vielgepriesenen "journalistischen sorgfalt" aneignen, um im größeren rahmen eine sicherheit in der artikelzusammenstellung zu erreichen, müssen wir, siehe oben, einen sicheren kontakt zu unseren korrespondenten bekommen.

unser ziel, daß gegeninformation nicht nur bezugslos veröffentlicht, sondern auch in wirksames politisches handeln umgesetzt werden kann, hängt von der stärke der linken bewegung und von der situation einer "liberalen öffentlichkeit" (sofern vorhanden) ab. der ID muß sich auf dem diskussionsstand dieser faktoren befinden und kann nicht über ihnen stehen.

hier aber vorsicht vor wiederspiegelungstheorien! wenn die bewegung mau ist, darf nicht auch der ID mau sein. gerade in einem zustand von isolierung und desillusionierung ist die linke auf einen gut funktionierenden informationskontakt angewiesen, will sie sich nicht zerschlagen lassen. "gut" heißt da nicht, jubelmeldungen bringen, wo es nichts zu jubeln gibt, sondern ein intaktes netz von verbindungen und nachrichtenaustausch zu haben - eben ein stück gegenöffenlichkeit . dabei darf alternative information nicht nur denen zugute kommen, die sich über nichts mehr wundern, sondern sie muss auch gezielt da präsent sein, wo die alltägliche lüge noch unangefochten das feld beherrscht. d. h. konkret, wir müssen uns auch um kontakte in und um die "großen" medien bemühen. dabei dürfen nicht wir uns den bürgerlichen medien öffnen (das wäre fatal), sondern wir müssen uns diese medien eröffnen.

diese diskussion ließe sich umso argloser führen, je reibungsloser die technische abwicklung des ID ginge . geht aber nicht. der druck, der auf uns hängt, mit kartei und produktion, drucken, zusammenlegen, eintüteln, rumlaufen, etc. war mit dran schuld, daß der ID weniger nach konzept als nach naturwüchsigkeit herangereift ist. die lieben kleinen technischen fragen nahmen einen großen raum ein in der diskussion, wobei uns klar wurde, daß jeder organisatorische schritt auch ein konzeptioneller ist und umgekehrt eine zielbestimmung nur auf dem hintergrund unserer technischen und physischen kapazität zu leisten ist. in dieser sparte wird sich bald noch etwas tun. das wichtigste ist, daß wir im stil unserer sommerrundreise den kontakt zu unseren korrespondenten /lesern intensivieren müssen; die leute kennenzulernen, die uns aus ihrem gebiet verläßliches mitteilen können. wenn euch dazu was einfällt, schreibts uns schnell.

wichtig

für ID-abonenten und für uns!!

die abos und der versand fressen einen großen teil unserer energien auf, die wir lieber auf nachrichtenbeschaffung und recherchen verwenden wollen.

X------------------------- darum könnt ihr den ID nur noch gegen vorkasse abonieren!
X------------------------- die neuen abos schicken wir ab januar 1975 immer erst mit beginn des nächsten monats zu!
X------------------------- bezahlt eure abos möglichst mindestens vierteljährlich (18.-) a.
X------------------------- vergeßt beim bezahlen nicht die genaue adresse anzugeben an die auch der ID geschickt wird, damit wir ohne schwierigkeiten verbuchen können!
X------------------------- probeexemplare können wir nur gegen porto verschicken!



BOCHUM (ID) BERICHT VON KOLLEGEN BEI OPEL
14. januar

die adam opel ag gehört zum größten privatwirtschaftlichen unternehmen der welt, dem general-motors-konzern. der amerikanische konzern mit seinen 140 betrieben und ca. 800 000 beschäftigten (zahlen nach opel-post 6/7 73) erzielte laut süddeutscher zeitung vom 8. 2. 74 einen rekordgewinn von 2,4 milliarden dollar. nach firmenmitteilung lag der bisherige rekord bei 2,16 milliarden dollar.

in der fahrzeugproduktion nahm opel 1972 die zweite stelle hinter chevrolet im konzern ein. sein anteil am gm-rekordgewinn lag laut offizieller bilanz 1973 bei 352 mio. dm jahresüberschuß sowie einer dividendenausschüttung von 299 mio dm.

auch in krisenzeiten stimmen bei opel die bilanzen. erstes beispiel war die krise 66/67. kurzarbeit, verschäftes arbeitstempo und massenentlassungen steigerten die profite der opel-herren auf dem rücken der arbeiter. einige zahlen aus der offiziellen bilanz kennzeichnen diese krisenpolitik:

ende 1966	dm	dm
beschäftigte 57 067	jahresüberschuß 110,8 mill.	dividende 55 mill.
ende 1967		
beschäftigte 50 346	jahresüberschuß 248,4 mill.	dividende 248 mill.

seit dezember 1973 spüren die kollegen zum zweiten mal, was krise bei opel bedeutet. 55 arbeitstage kurzarbeit von dezember 73 bis dezember 74 bedeuten für einen arbeiter, verheiratet, 2 kinder, bei einem stundenlohn von 9,- dm, einen lohnverlust von monatlich mindestens 43,- dm. diese rechnung stimmt aber nur auf dem papier. im jahr 72 bis september 73 gab es bei opel noch sonderschichten und überstunden. diese mehrarbeit war nötig, den lebensstandard aufgrund der hohen preissteigerungen und niedrigen lohnerhöhungen zu erhalten. abbau von überstunden und kurzarbeit brachte für die große mehrheit der kollegen von januar bis oktober 74 eine monatliche lohneinbuße von 200,- bis 400,- dm gegenüber dem vorjahr. gegen den hohen lohnverlust fordert die belegschaft seit beginn der kurzarbeit: voller lohn bei kurzarbeit!

so ist es nun mal bei den amerikanern

das unternehmer-argument "kurzarbeit verhindert entlassungen" ist gemessen an opels krisenmaßnahmen leeres gerede. die "heimlichen" entlassungen stiegen 1974 rapide an und wurden hauptsächlich mit zu vielen fehlzeiten begründet. diese entlassungen (bis zu 49 monatlich sind möglich, ohne als massenentlassungen beim arbeitsamt angemeldet werden zu müssen) treffen vorwiegend kranke kollegen. die art der entlassung findet bei paul lorenz, betriebsrats-vorsitzender von opel-rüsselsheim vollstes verständnis. zu der entlassung eines vertrauensmannes wegen seiner "fehlzeiten" (krankheit) äußerte er im "rüsselsheimer echo" vom 26. 6. 74: "bei den amerikanern gilt nun einmal der satz, wer zuletzt kommt, muß zuerst gehen"!

während der krankenstand im november 73 bei 12 bis 14 % lag, betrug er im november letzten jahres 5,07 %. dazu meinte dr. schlotfeld, opel-personalchef, mitglied des vorstandes, in einem rundfunkinterview: "wahrscheinlich haben wir es heute mit einem echten krankenstand zu tun..."

ohne rücksicht auf die gesundheit

unsicherheit und angst, ihre existenzgrundlage wegen "zu vieler fehlzeiten" zu verlieren, veranlassen die kollegen, ohne rücksicht auf ihre gesundheit zur arbeit zu gehen. mitte september starb kollege klaus puls. nachdem er sich noch gerade zur arbeit geschleppt hatte, wurde er eine halbe stunde später vom sanitäter nach hause geschickt. dort angekommen erlag er einem herzinfarkt.

als "kaschierte massenentlassungen" versteht die opelbelegschaft die zwei abfindungsprämien von juli und november 74. nur ein geringer teil der betroffenen, die sowieso gehen wollten (weiterbildung, bundeswehr) sind vom abfindungsverfahren begeistert. die große mehrheit geht aus not und angst, evtl. bald ohne abfindung auf der straße zu stehen. das beispiel der 200 spanischen kollegen, die im märz 73 wegen nicht-verlängerung der arbeitsverträge von opel entlassen wurden, veranlaßt hauptsächlich ausländische arbeiter, die abfindungsprämie zu nehmen.

politische entlassung des ausländer-sprechers

die existenzangst der belegschaft nützen die opel-herren zusätzlich aus, um politische entlassungen vorzunehmen. hier sei nur die entlassung des vertrauensmannes und sprechers der ausländischen vertrauensleute in der vertrauenskörperleitung, abdul kheder genannt, der für die interessen seiner kollegen eintrat.

insgesamt wurde der belegschaft bei opel bochum von 19 583 ende september 1973 auf rund 15.000 ende november 1974 reduziert und soll noch weiter auf 14.500 beschäftigte herabgedrückt werden. vorerst hat opel ca. 3.700 beschäftigte per aufhebungsverträge allein bei opel bochum entlassen.

trotz entlassungen werden zu hohe stückzahlen pro schicht produziert. das bedeutet mehrarbeit bei verschärftem arbeitstempo. unterdrückung, schikane und verunsicherung der gesamten belegschaft werden zusätzlich durch ständige umbesetzungen im ganzen werk verstärkt. neuerdings sollen auch facharbeiter im akkordlohn am band beschäftigt werden. obwohl es bisher heißt "lohnverlust soll nicht vorkommen", befürchtet jeder lohneinbußen bei längerer umbesetzung.

opels krisenpolitik muß im rahmen der gm-krisenmaßnahmen gesehen werden. so wurden laut züricher zeitung vom 20. dezember 74 in den amerikanischen gm-betrieben für neujahr 75 neue entlassungen angekündigt: 16 00 arbeiter auf unbegrenzte zeit, 41 000 arbeiter auf die dauer von 1-4 wochen. die gesamtzahl der entlassenen gm-arbeiter beträgt dann 132 000, wobei 91 ooo arbeiter ihren arbeitsplatz auf unbegrenzte zeit verloren haben. die entlassungen in den gm-betrieben und die schließung des montage-werkes in kopenhagen, sowie die krisenentwicklung in den deutschen betrieben geben anlaß zu der frage, ob weitere werksstillegungen oder, wie in amerika, produktionsseinschränkungen durch nur eine schicht, geplant sind.

produktion in niedriglohn-länder verlegt

folgende anhaltspunkte bestimmen in der bochumer opelbelegschaft die diskussion über

evtl. geplante produktionsverlagerungen oder reduzierung der belegschaft auf eine schicht: in der opel-post 10/74 erklärte dr. schlotfeld, mitglied des vorstandes: "ganz allgemein gesprochen laufen wir gefahr, daß sich im zuge der steigenden herstellungskosten teile der inlandsproduktion in solche länder verlagert, in denen bei zunehmender industrialisierung das lohnniveau unter unserem liegt". die züricher zeitung vom 24. dezember 74 berichtete, daß gm für 150 mio. dm die british leyland gehörenden authi-werke in spanien übernimmt, mit allen 4.500 beschäftigten und weitere 4.000 arbeitskräfte einstellen will. als vor einiger zeit eine spanische delegation im bochumer opelwerk die waggons und verladeeinrichtungen ausgemessen hatte, wurde davon gesprochen, daß die end- und fertigmontage dichtgemacht und nach spanien verlegt werden sollte. weiterhin wurde bekannt, daß verschiedene vorgesetzte, in der hochkonjunktur aus rüsselsheim nach bochum geholt, wieder nach rüsselsheim zurück gehen.

forderungen der vertrauensleute

welche schritte unternimmt in dieser unsicheren situation der opel-betriebsrat und die igm schon vor den werksferien forderten 100 vertrauensleute in einer resolution eine vertrauensleute-vollkonferenz mit folgenden forderungen an die unternehmensleitung: - offenlegung der langfristigen unternehmensplanung im gesamten konzernbereich, - garantie der aufrechterhaltung der quantitativen und qualitativen beschäftigung der belegschaft, - voller lohn bei kurzarbeit. die geforderte vollversammlung fand nie statt. eine ähnliche erklärung gegen die durchführung der kurzarbeit - die belegschaft hat ein recht zu wissen, wie die unternehmensplanung aussieht - wurde von nur 6 betriebsräten von insgesamt 39 unterzeichnet. alle anträge der geschäftsleitung auf kurzarbeit bejahten die 33 betriebsräte mit dem scheinargument: "kurzarbeit verhindert entlassungen"! seit oktober 1974 (im frühjahr 75 sind neue betriebsratswahlen) versucht dieser mehrheitsblock, die kurzarbeitstage auf 6 im monat zu halten und höher liegende anträge der geschäftsleitung abzuwenden.

automobilabsatz bekümmert betriebsrat

anstatt sich für die forderungen der belegschaft einzusetzen, interessiert sich die betriebsratsmehrheit für das problem, wie der automobilabsatz gesteigert werden könnte. günter perschke, betriebsrats-vorsitzender in bochum und aufsichtsratsmitglied der adam apel ag, erklärte hierzu in der "westfälischen rundschau": vom 12. 2. 74: "mir ist die gesamthaltung der bundesregierung gegenüber der geschwindigkeitsbegrenzung unverständlich. diese hinhalterei verunsichert ja alle autokäufer, die wissen ja nicht, welchen wagen sie nehmen sollen einen schnellen und großen oder einen kleinen, der dem tempo-limit genügt". am 19.2. 74 konnte man dann in der "westdeutschen allgemeinen" lesen: der opel-gesamtbetriebsrat hat sich am montag brieflich an den bundeskanzler gewandt und die aufhebung der geschwindigkeitsbegrenzung gefordert. über eine weitere "aktivität" berichtete die "waz" am 5. 10. 74: eine heraufsetzung der kilometerpauschale auf 50 pfennig fordert der gesamtbetriebsrat der adam opel ag in einer resolution, die dem bundestag und dem bundesrat zugestellt wird. in der betriebsrätevollkonferenz des unternehmens wurde die forderung mit den gestiegenen kosten für den autohalter begründet.

vorstand appelliert an verantwortungsbewußtsein

wen wundert es bei dieser einstellung der betriebsräte noch, daß laut opel-post 10/74 vorstandsmitglied dr. schlotfeld seine ansprache auf der erwähnten betriebsräte-vollkonferenz mit den worten schließt: "ich appelliere auch dieses mal an ihr verantwortungsbewußtsein, die zusammenarbeit auf der betrieblichen ebene in dem geist fortzusetzen, von dem sie bisher im wesentlichen geprägt war".

auf der betriebsräte-vollkonferenz forderte auch der vorsitzende der igm, eugen loderer, daß der staat den autokauf erleichtern soll (vgl. waz vom 4. 10. 74).den 12 000 igm-mitgliedern bei opel-bochum ist damit nicht geholfen. sie brauchen eine gewerkschaft, die ihrer empörung gegen kurzarbeit, arbeitshetze und entlassungen entsprechenden ausdruck verleiht. stattdessen erklärt der igm-vorstand zum thema entlassungen in der ig-metall-zeitung vom 22. 1. 74:"wir fordern alle betriebsräte und vertrauensleute auf, entlassungen von ausländischen arbeitnehmern nur dann zuzustimmen, 1. wenn grundsätzlich und ohne unterschied nach nationalität soziale auswahlgrundsätze angewandt werden..." usw.

neuestes beispiel, daß höhere igm-funktionäre nicht bereit sind, den protest der automobilarbeiter zu organisieren, zeigte die funktionärs-versammlung der kölner-metallbetriebe, der vorschlag für eine demonstration gegen kurzarbeit und entlassungen wurde mit 122 zu 188 stimmen abgelehnt.

weitere informationen, dokumente, zahlen, details und interviews mit bochumer opelkollegen können vermittelt werden. das solidaritätskomitee ist zu erreichen über die evangelische studentengemeinde bochum, uni-center, telefon: 70 14 65

für rückfragen bei der opel-geschäftsleitung in bochum , telefon: bo vorwahl/391

FRANKFURT (ID)
17. januar

PROZESS VON 3 AUS DER IG METALL AUSGESCHLOSSENEN OPEL-KOLLEGEN GEGEN DEN VORSTAND DER IG METALL

bei den letzten betriebsratswahlen 1972 standen bei opel bochum neben der offiziellen ig-metall-liste noch 10 andere listen zur wahl. dies war ausdruck davon, daß ein großteil gerade auch der gewerkschaftlich aktiven opel-kollegen mit der politik der alten igm-betriebsräte nicht einverstanden war. durch allerlei undemokratische verfahrensweisen und tricks gelang es aber den alten betriebsräten um den betriebsrats-vorsitzenden günther perschke, diese kritischen und aktiven gewerkschafter von der kandidatur auf der offiziellen igm-liste fernzuhalten bzw. sie auf aussichtslose hintere plätze zu verbannen. antwort der kollegen war die bildung der oben erwähnten 10 gegenlisten, auf denen teilweise gewerkschaftliche vertrauensleute kandidierten.

besonders die kollegen der liste 2 aus der "gruppe oppositioneller gewerkschafter in der igm" gehörten zu den entschiedensten verfechtern demokratischer verfahrensweisen in der igm. wie verbreitet die kritik am alten betriebsrat um perschke war, zeigte das ergebnis der wahl: von 14 500 abgegebenen stimmen erhielt die offizielle igm-liste etwas mehr als 8 200 stimmen, während die oppositionellen listen etwa 5 700 stimmen auf

sich vereinigten. stärkste oppositionelle liste wurde die liste 2 mit über 1 900 stimmen. nach der wahl holte die igm zum gegenschlag aus: gegen 41 kollegen wurden gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet. ausgeschlossen wurden schließlich 3 kollegen von der liste 2, rolf aufermann, wolfgang schaumberg und klaus schmitz (1 ehemaliger und 2 jetzige betriebsräte), also gerade von der liste, die am entschiedensten für die innergewerkschaftliche demokratie eingetreten war und deren vertreter eine ausschließlich an den interessen der opel-kollegen orientierte betriebsratspolitik betreiben. trotz der unterschrift von über 540 kollegen, die sich für die 3 ausgeschlossenen aussprachen, bestätigte der beirat der igm am 14. 12. 73 den ausschluß. dagegen haben die 3 kollegen vor dem landgericht frankfurt klage gegen den vorstand der igm erhoben und beantragt, festzustellen, daß sie weiter mitglieder der ig metall sind.

die 3 ausgeschlossenen geben die beiliegende persönliche erklärung ab, die sie auch bei opel bochum an ihre kollegen verteilt haben.

erklärung von r. aufermann, w. schaumberg und k. schmitz zum prozess gegen den vorstand der ig-metall für die wiederaufnahme in die ig-metall:

kollegen und kolleginnen!

am 20. 1. 75 findet am landgericht frankfurt die hauptverhandlung unseres prozesses gegen den vorstand der ig-metall statt.

wie ihr euch erinnert, gab es nach der betriebsratswahl 1972 39 gewerkschaftsverfahren bei opel-bochum wegen aufstellung von gegenlisten gegen die offizielle perschke-liste. auf antrag der betriebsräte h. schulz. s. sonak, p. labensberg und w. schneider wurden wir drei als einzige aus der igm ausgeschlossen. trotz rund 2 000 stimmen bei der wahl, trotz über 500 unterschriften gegen unseren ausschluß bestätigte der beirat der igm als letzte instanz des innergewerkschaftlichen beschwerdeverfahrens am 14. 12. 73 unseren ausschluß.

warum kämpfen wir jetzt auch auf dem gerichtlichen weg um die wiederaufnahme in die igm?

1. für jeden arbeiter ist die gewerkschaftliche organisierung eine lebensnotwendigkeit. nur im gemeinsamen organisierten kampf können wir unsere interessen gegen das kapital durchsetzen. dazu ist die kämpferische einheitsgewerkschaft, die alle arbeiter einer branche unabhängig von ihrer politischen einstellung zusammenschließt, grundsätzlich die beste organisationsform.

wir wollen mitglieder der ig-metall bleiben, weil hier die große mehrheit der metallarbeiter organisiert ist und wir mit ihnen zusammen den gewerkschaftlichen kampf führen wollen.

2. die tatsache, daß bei 39 verfahren nur wir drei ausgeschlossen worden sind, zeigt: unsere kandidatur auf der liste 2 war nicht der wahre grund. in den letzten jahren gibt es eine welle von gewerkschaftsausschlüssen gegen kollegen, die sich aktiv gegen die politik der oberen gewerkschaftsfunktionäre stellen. - bei den betriebsratswahlen 1972 hat es in zahlreichen betrieben auseinandersetzungen mit den alteingesessenen funktionären gegeben. - wir alle schimpfen jahr für jahr über die kapitalfreundlichen tarifabschlüsse. - die opelbelegschaft konnte beim streik 1973 erfahren, wie obere gewerkschaftsfunktionäre offen partei für die geschäftsleitung ergriffen haben. - und gerade jetzt bei den krisenangriffen fragen sich immer mehr kollegen: "wofür bin ich eigentlich organisiert?"

wir kämpfen auch vor gericht um die wiederaufnahme in die ig-metall, weil es für uns alle lebensnotwendig ist, in der gewerkschaft für eine klassenkämpferische linie gegen die partnerschaftliche linie der führung einzutreten. die massive unterdrückung dieser kritik in den eigenen reihen muß für jeden von uns den kampf um innergewerkschaftliche demokratie um so notwendiger machen. kein arbeiter kann es hinnehmen, daß statt einheitlichem gewerkschaftskampf für unser aller interessen eine gewerkschaftspolitik bloß noch nach der pfeife der spd-führung praktiziert wird.

3. weiterhin führen wir den prozess gegen den igm-vorstand auch mit dem ziel, vor der betriebsratswahl 1975 unser vorgehen bei der letzten wahl nochmals in aller offenheit darzulegen, auf die methoden solcher funktionäre wie g. perschke nochmals aufmerksam zu machen und vor der öffentlichkeit zu diskutieren, wer sich hier wirklich gewerkschaftsschädigend verhalten hat.

insgesamt gehen wir davon aus, daß ein gerichtsurteil nicht das urteil der arbeiterschaft über den richtigen gewerkschaftskurs ersetzen kann.

FRANKFURT (ID) NUMERUS CLAUSUS FÜR LEHRER IN HESSEN GEPLANT
16. januar

nach den plänen des kultusministers und der regierungspräsidien soll es ab 1.2. überfüllte klassen und lehrermangel auf der einen seite und arbeitslose studienreferendare auf der anderen geben.

zwar wurde durch die bewilligung von 500 weiteren planstellen für 1975 erreicht, daß alle bewerber für eine lehrerplanstelle auch in den schuldienst aufgenommen werden können, jedoch ist damit noch längst keine verbesserung der schulischen situation erreicht - der lehrermangel bleibt bestehen. nach wie vor sind die klassenfrequenzen zu hoch und oft fällt bis zu 30 % des pflichtunterrichts auf grund von lehrermangel und fehlenden vertretungen bei krankheit und schwangerschaft aus.

selbst der erst 1 jahr alte hessische personalentwicklungsplan sah für 1975 die zusätzliche eröffnung von 1600 planstellen vor. ganze 500 stehen dem nun gegenüber. soll es bei dieser zahl bleiben, so werden bereits zum 1. 8. 75 hunderte von referendaren, die ihr 2. examen bestanden haben, keine stellen finden.

770 studienreferendare ohne ausbildungsplatz: für diejenigen lehrerstudenten, die gerade ihr 1. examen hinter sich haben und auf anstellung an eine schule und platz in einem der begleitenden studienseminare warten, sieht die situation ebenso verheerend aus: zum 1. 2. 75 stehen 2453 referendarsanwärtern 1682 ausbildungsstellen gegenüber. der rest - 770 examinierte lehrerstudenten - kann sehen, wo er bleibt, bzw. sich auf eine warteliste setzen lassen und hoffen, vielleicht am 1. 8. 75 einen ausbildungsplatz zu finden. da der staat das ausbildungsmonopol für den lehrerberuf ausübt, ist die nichtübernahme von absolventen der lehrerstudiengänge in die 2. ausbildungsphase gleichbedeutend mit einem vom staat (übrigens auch verfassungswidrig) ausgeübten zwang, die ausbildung zum lehrer abzubrechen.

NC für lehramtsanwärter: am 20. 12. 74 trat ein erlaß in kraft, der die "richtlinien für die einstellung von bewerbern in den vorbereitungsdienst für die lehrämter zum 1. 2. 75 " betrifft. in diesem erlaß heißt es unter anderem: "über die rangfolge der bewerber entscheidet die examensnote"; so soll also mit hilfe der einführung der NC der angebliche lehrerberg verhindert und somit der lehrermangel festgeschrieben werden.

die gew-frankfurt hat für den 22. februar eine demonstration beschlossen, die sie gemeinsam mit dgb, kreisjugendausschuß, stadtschülerrat und asta organisieren will. für den 28. 1. 75, dienstag, 14.00 uhr, plant der asta ein teach-in mit einem vertreter des frankfurter gew-vorstands zur frage des NC für lehrer und der ablehnung der lehramtsanwärter.

kontaktadresse: 6 ffm, asta, studentenhaus, 798 31 81

HAMBURG (ID) DRUCK UND PAPIER: DEMONSTRATION WEGEN ARBEITSLAGE

10. januar

in der druckindustrie verloren im verlauf des letzten jahres etwa 10.000 arbeiter und angestellte ihren arbeitsplatz. für die gesamte brd erwarten die druck-kapitalisten, daß in den nächsten 5 jahren 900 betriebe mit 38.000 beschäftigten stillgelegt werden.

in hamburg sind im verlauf des vergangenen jahres über 200 kollegen bei auer entlassen worden und bei springer sind 180 entlassungen zu befürchten.

im raum hamburg/schleswig-holstein waren anfang dezember 340 beschäftigte der druckindustrie arbeitslos gemeldet.

für auszubildende bedeutet das jetzt schon eine reduzierung der aussicht, in ihren erlernten beruf übernommen zu werden - wenn nicht sogar die jugendarbeitslosigkeit (momentaner stand in der brd ca. 200.000!).in hamburg bilden die großen druckbetriebe wie bauer, springer und auer in ihrem technischen bereich kaum oder gar keine lehrlinge mehr aus.

am 16. 12. 74 beschloß die delegiertenversammlung des hamburger ortsvereins der ig druck und papier, möglichst noch im januar eine demonstration zu organisieren, mit der die kollegen der druck-industrie ihren protest gegen die angriffe der unternehmer auf ihre arbeitsplätze und ihren lebensstandard ausdrükken können.

dieser beschluß kam gegen die stimmen des vorstandes zustande! auch von seiten der höheren gewerkschaftsfunktionäre ist kaum unterstützung zu erwarten, war doch im zentralorgan der "druck und papier" (11/11) zum kampf der dva-arbeiter gegen die drohenden entlassungen zu lesen: "der kampf der arbeitnehmer ist ein verzweifelter. nur guter wille bei den unternehmern könnte ihn zum ziel führen."

FRANKFURT (ID) ZENSUR

6. 1.

in letzter zeit häufen sich fälle, in denen bücher - insbesondere kinder- und jugendbücher - aus politischen motiven aus der ausleihe öffentlicher büchereien genommen werden. in mülheim/ruhr wurde ein kinderbuch unseres kollegen yaak karsunke aufgrund einer intervention der cdu-fraktion nicht in die städtische jugendbücherei aufgenommen. in berlin versuchten bezirksstadträte, wegen kritischer äußerungen über die polizei kinderbücher von günther herburger von der freihand-ausleihe auszuschließen. im bezirk tempelhof will man sogar sämtliche bücher des basis-kinderbuchverlages ausschließen. auch behinderungen der ausleihe wie die blockierung der bücher prof. holzer's durch die bayerische staatsregierung kommen vor, wo die anschaffung politisch umstrittener bücher nicht von vornherein unterbleibt.

die versammlung ist der auffassung, daß der grundgesetzliche schutz der freien meinungsäußerung und der freiheit von kunst und wissenschaft auch das recht des autors zur ungehinderten verbreitung seiner werke und die unterlassung jeglicher gesinnungszensur einschließt. dieser schutz muß auch für die tätigkeit der bibliotheken gelten, wenn sie im sinne des verfassungsauftrages literatur in ihrer ganzen vielfalt, ohne rücksicht auf politische gesinnungen, auswählen und anbieten.

die versammlung beauftragt den bundesvorstand, gemeinsam in der für die bibliotheken zuständigen gewerkschaft ötv geeignete schritte gegenüber bibliotheken und den zuständigen politischen instanzen zu ergreifen, damit aus einzelfällen kein allgemeines klima der politischen einschüchterung entsteht.

auf dem kongreß des verbandes der schriftsteller (vs) verabschiedet

KASSEL (ID) DIE CHANCE FÜR DIE ARBEITSLOSEN: WERDE OBERBÜRGERMEISTER!

11. 1.

die stadt kassel hat zum ersten oktober 75 zur wahl des oberbürgermeisters aufgerufen und die bevölkerung gebeten, bewerbungen mit den üblichen unterlagen bis zum 31. januar 75 ans rathaus zu schicken. doch nicht nur die stadt bittet sich zur wahl zu stellen:

"im rahmen der immer weiter ansteigenden arbeitslosigkeit sollte die möglichkeit, einen posten als oberbürgermeister zu bekommen,genutzt werden. wir sind uns durchaus darüber im klaren, daß dieser posten über hintertürchen längst besetzt ist, doch sollte gerade dieser moment anlaß sein für eine große anzahl von personen, sich zu bewerben. hier besteht die möglichkeit, die "scheinbarkeit" des ggs aufzuzeigen, sich als nicht parteigebundener um sein passives wahlrecht zu bemühen. zeigen wir, daß die bürgerliche demokratie eine farce ist! also macht mit bei diesem spiel, bewerbt euch als oberbürgermeister!

foto - lebenslauf (phantasie) - vorstellungen (noch mehr phantasie)

schickt die bewerbung an die adresse: stadtverordnetenvorsteher helmut röse, 35oo kassel rathaus! schickt eine kopie an mich, schickt auch die antworten aus kassel an mich, besteht auf antworten - macht den bürokraten in kassel die hölle heiß! aus dem ganzen wird hoffentlich ein lustiges heft oder buch.

ratet auch freunden und bekannten dazu, oberbürgermeister in kassel zu werden. teilnah-

meberechtigt sind alle personen über 18. also mitgemacht bei diesem spiel, bei dem es nichts zu verlieren gibt!
meine adresse: günter gottlieb 35 kassel, friedrich ebert str. 80
viele bewerber sind der bürokraten tod!

KASSEL (ID) ERNEUT VERHAFTUNG EINES "WIDERSTÄNDLERS" GEGEN DAS MILITÄR

15.1. am 9. januar 1975 wurde der franzose jean bretonniere, als er mit einem auto in der nähe von nantes (frankreich) unterwegs war, wegen seiner weigerung, der einberufung zur französischen armee folge zu leisten, verhaftet. zusammen mit 11 anderen widerständlern hatte er am 1. oktober 74 in paris vor der presse den ersten internationalen kollektiven widerstand gegen militarismus angekündigt (siehe ID nr. 52,55,58).

jean bretonniere ist 26 jahre und landwirtschaftstechniker in der nähe von nantes. er hätte am 5. august 74 zum 94. infantrie-regiment in etain einrücken müssen. seit diesem tag gehört er zu den widerständlern. 1972 hatte er aufgrund seiner politischen vorstellungen einen antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerer gestellt, den er zurückerhielt, da es "noch zu früh" sei. später dachte er, es sei nutzlos, den antrag zu erneuern, weil er meint, daß das gesetz in seiner anwendung unzulänglich ist und auch grundsätzlich schlecht, da es nur existiert, um die militärische zwangsverpflichtung, der sich jeder zu beugen hat, aufrecht zu erhalten.

am 17. oktober 74 hatte eine gruppe von 31 leuten aus verschiednen ländern, die die internationale kollektive widerstandsgruppe repräsentieren, dem europarat ihre wehrpässe überreicht. dies wurde am 17. november 74 von präsident berkhower der vollversammlung des europarates vorgetragen. die am 17. oktober von der gruppe der widerständler gleichzeitig überreichte petition wurde vom europarat reproduziert und befindet sich jetzt bei der rechtskommission (az. gr/vp/jve).

wir erinnern daran, daß der italiener calmazio bertulessi, einer der 12 widerständler, die die kampagne ins leben riefen, vom militärgericht in turin zu 16 monaten gefängnis verurteilt wurde. die verhandlung wurde von etwa 200 sympathisanten besucht, unter ihnen jean pierre andré, einer der französischen widerständler aus dieser gruppe. bei dieser gelegenheit gibt die gruppe "internationaler kollektiver widerstand" die ausweitung eines ihrer ziele auf internationaler ebene bekannt: die abschaffung von militärgerichten, deren existenz nicht akzeptiert werden kann, da sie eine sondergerichtsbarkeit darstellen, die jeden militärangehörigen in einen bürger verwandeln, der sich "von anderen unterscheidet".
weitere informationen sind erhältlich von: international collective of resistance, c/o intern. fellowship of reconciliation, 35 van elewijkstraat, 1050 brüssel, belgien, tel. 02 - 648 6524

FRANKFURT (ID) NEUES AUS DER AMERIKANISCHEN ARMEE (siehe ID nr. 50,58,60,61)

13.1. am 17. 1. 75 wird private i. j. breese in aschaffenburg wegen der weigerung, sich die haare zu schneiden, vor gericht stehen. wie berichtet wurde, hatte das gericht in der 1. verhandlung empfohlen, daß breese einen gasmaskentest macht, mit dem kontrolliert werden soll, ob breese trotz langer haare und bart eine gasmaske tragen kann. die us-armee verweigerte diesen test - offensichtlich aus angst vor dem ergebnis.

am 24. 1. 75 wird der schwarze soldat rakes in hanau vor gericht gestellt. rakes war in luftlandekontrolle einer flugzeugeinheit beschäftigt und beantragte anerkennung als kriegsdienstverweigerer. sein antrag wurde "verloren" - offensichtlich aus absicht. erst nach langen kämpfen erhielt rakes unterstützung von einem anwalt. er verweigerte das tragen des kampfanzuges und steht jetzt wegen befehlsverweigerung vor gericht. es wäre gut, wenn besucher zu seinem prozeß kämen. genauer ort und zeit können kurz vor dem termin bei dem lawyers military defense committee in heidelberg 06221/14149 erfragt werden.

lt. mathew carroll wird am 27. 1. 75 in der drake-edward-kaserne in frankfurt wegen verweigerung, sich die haare zu schneiden, vor gericht stehen. leutnant carroll wird vor einem general court martial erscheinen, das eine höchststrafe von 5 jahren arbeitslager verhängen kann. dieser prozeß wird sicher länger dauern. besucher sind aber evtl. wichtig.

ein amerikanischer genosse:
"das problem der langen haare wird von unbeteiligten immer wieder als lächerlich empfunden. zu bedenken ist aber: die us-armee ist heute ein berufsheer, das sich zum großen teil aus soldaten zusammensetzt, die durch ökonomische zwänge wie arbeitslosigkeit etc. in die "sicheren arme" der armee getrieben wurden in dieser situation beginnt politik und soldatenbewegung nicht bei "großen aktionen", sondern eben - jetzt bei den haaren."

FRANKFURT (ID) GEFANGENENRAT STELLT STRAFANZEIGE WEGEN FAHRLÄSSIGER TÖTUNG

15. januar "wir haben gegen den anstaltsleiter von butzbach künkeler, den anstaltsarzt degenhart und bedienstete der anstalt butzbach strafanzeige wegen unterlassener hilfeleistung und fahrlässiger tötung gestellt.

der sachverhalt ergibt sich aus nachfolgendem bericht:
27. 12. 74 - alfred brunkhard ist beim arzt gewesen und hat tabletten gegen grippe erhalten
28. 12. 74 - alfred hat ab 16.00 uhr im bett gelegen, ihm war schlecht; kopfschmerzen und allgemeine übelkeit
29. 12. 74 - alfred hat den ganzen tag im bett gelegen; gesundheitszustand wie am 28. 12. 74
30./31. 12. 74 - keine ärztliche behandlung. der gesundheitszustand hat sich verschlechtert. symptome: fieber und erbrechen
1. 1. 75 - alfreds gesundheitszustand hat sich weiterhin verschlechtert; fieber und erbrechen. die verordneten tabletten haben nicht gewirkt. zwischen 19.00 und 20.00 uhr ist es ihm so schlecht geworden, daß die gefangenen herbert müller und friedrich hartmann den notruf betätigen mußten. daraufhin kam der sanitäter. er hat fieber gemes-

sen (39 °) . er ging weg und kam mit einer spritze zurück, die er brunkhard gab. der gefangene müller fragte den sani, für was die spritze sei, der sani antwortete: "damit das fieber herunter geht." er hielt die krankheit von b. angeblich für grippe. zu b. sagte er, er solle sich am nächsten morgen beim aufschluß zum sani melden, der bringe ihn dann ins lazarett.
2. 1. 75 - morgens um 6.30 uhr meldet der gefangene müller den b. zum arzt. zwischen 10.00 und 10.30 uhr wurde b. von dem sanitäter geholt. nach seiner rückkehr sagte b., daß er nicht zum arzt gebracht worden war; ein anderer sani gab ihm nur tabletten. fieber wurde auch gemessen, wieder 39 °C. er sagte (b.), daß er im behandlungsraum erbrochen habe. danach wurde er nach seinen angaben vom sanitäter nicht mehr behandelt. am nachmittag des 2. 1. 75 ist aus der zelle A III 152 der gefangene friedrich hartmann aus- und der gefangene enders eingezogen. abends um 19.00 uhr haben die gefangenen müller und enders den notruf betätigt, da b. wieder erbrochen hatte und zwar nur blut und wasser. daraufhin kam der sani wiederum mit einer spritze. müller sagte zum sanitäter: "das fieber ist doch geblieben und er erbricht blut, der ist ganz gelb, das kann doch keine grippe sein!" darauf antwortete der sanitäter, das erbrechen mache ihm keine sorgen, aber das fieber hätte sinken müssen, nach dem penicilin, das er tags zuvor bekommen habe. er überlegte kurz und ging weg ohne dem b. eine spritze zu geben. kurz darauf kam er wieder und nahm b. mit ins lazarett.
freitag/3. 1. 75 - alfred b. kam in die zelle, nahm seine sachen und ging zur kleiderkammer. er konnte nicht sagen aus welchem grund. müller fragte ihn, was mit ihm im lazarett gemacht würde. daraufhin sagte alfred b.: "sie geben mir spritzen und tabletten und wissen nicht, was mir fehlt." auch sei er einen augenblick ohnmächtig gewesen. die tage vom 29. 12. 74 bis freitag, den 3. 1. 75, hat b. außer orangen, zitronensaft, kaffee, tee und wasser praktisch nichts zu sich genommen. erst am 9. 1. 75 hielt man es für notwendig, die gemeinschaftszelle zu desinfizieren. die matratze hat man bis heute noch nicht ausgewechselt.
alfred brunkhard ist am 4. oder 5. 1. 75 gestorben; er war 24 jahre alt. der bericht beruht auf aussagen von gefangenen , die uns bekannt sind."
gefangenenrat frankfurt

MARBURG (ID)
14. januar

HÄFTLING IN EINEM MONAT 8 MAL VERLEGT

herr michael heise hat zusammen mit der mehrheit der gefangenen der jva friedberg, einer außenstelle der jva butzbach, vom 11. - 13. 12. 1974 mit einem hungerstreik gegen die haftbedingungen, die u. a. auch gegenstand einer kleinen anfrage von dorothee vorbeck (spd) an den justizminister des landes hessen sind, protestiert. ziel dieses protestes sollte sein, gegen die miserablen haftbedingungen, insbesondere die freizeitgestaltung, denen strafgefangene in der jva friedberg unterworfen sind, öffentlich einzutreten.

herr michael heise wurde am 13. 12. 74 wegen angeblicher rädelsführerschaft nach giessen zwangsverlegt. dagegen setzte er den hungerstreik fort mit dem ziel, entweder nach friedberg zurückverlegt zu werden oder aus dem aufsichtsbereich des anstaltsleiters künkeler verlegt zu werden. letzterer hatte sich in einem brief an herrn heise geweigert, herrn heise zu besuchen, da er sich dieses aus gesundheitlichen gründen nicht erlauben könne (nach § 47 dvoll zo ist ein anstaltsleiter verpflichtet, "sich den gefangenen bald nach der aufnahme vorführen zu lassen")!

aufgrund seines anhaltenden protests wurde herr heise am 16. 12. 74 in die jva kassel verlegt. da damit seine forderung erfüllt war, brach herr heise den hungerstreik ab. am 19. 12. wurde er nach giessen zurückverlegt, woraufhin er den hungerstreik wieder fortführte. am abend des 20. 12. wurde herr heise wiederum nach kassel verlegt. erneute rückverlegung am 23. 12. am 27. 12. verlegung nach kassel, am 6. 1. 75 verlegung nach giessen (jeweils in kassel den hungerstreik unterbrochen, weil seine forderung erfüllt wurde, in giessen wieder aufgenommen, weil er damit dem anstaltsleiter künkeler wiederum unterstellt war). am 13. 1. 75 wurde herr heise erneut nach kassel verlegt.

herr heise wurde somit innerhalb eines monats 8 mal verlegt. zusätzlich zu dieser unverständlichen maßnahme verschlechterte sich sein gesundheitszustand aufgrund seines hungerstreiks - als protest gegen die zwangsverlegung - drastisch. niedriger blutdruck, kreislaufstörungen und fortgeschrittene acetonvergiftung sind von der anstaltsleitung in kauf genommene folgen dieser unbegründeten verschiebung. es drängt sich der verdacht auf, daß hier gezielt mittel angewandt werden, um meinen mandanten , herrn heise, davon abzubringen, sich für einen humanen strafvollzug einzusetzen.
aus presseerklärung der rechtsanwält. knolle/marburg

HAMBURG (ID)
17. januar

MIT WASSERGLAS GEGEN MÄNGEL DER AMNESTY-FOTODOKUMENTATION

in einem brief, der unter anderem auch amnesty international, das folterkomitee und an den hamburger anzeiger geschickt wurde, wird eine aktion, die das helms-museum hamburg betrifft, wie folgt erklärt:

"vom 4. - 25. januar zeigt die harburger gruppe von amnesty international in helms-museum hamburg bei freiem eintritt eine fotodokumentation über folter in 73 ländern. die ausstellung ist dienstag/sonntag von 10.00 bis 17.00 uhr geöffnet. zu unserem erstauen fehlt die brd in dieser ausstellung, obwohl ai seit zwei jahren darüber informiert ist, daß in der brd gefoltert wird , daß vernichtungshaft in der brd unter der regie des bka und mit aktiver unterstützung der justiz praktiziert wird. wir haben uns aus diesem grund entschlossen, amnesty den sachverhalt noch einmal vor augen zu führen und deshalb unser erstauen an die museumsmauer gepinselt, sodaß auch gleich die interessierten besucher weiterfragen können. außerdem haben wir uns entschlossen, die ausstellung an diesem punkt zu erweitern: verschiedene dokumente über folter in der brd sind an helms-museum zur kenntnis zu nehmen. da unsere versuche der gegenöffentlichkeit gekanntermaßen , wenn irgendmöglich, sabotiert werden, haben wir diese informationen mit hilfe von wasserglas in dieser nacht gefestigt, sodaß sie wohl jetzt etwas länger hängen oder aber die glasflügeltüren des museumeingangs ausgewechselt werden müssen. dabei entstehende kosten übernimmt sicher amnesty."

DORTMUND (ID) BRANDANSCHLÄGE AUF AMTSGERICHT UND JUGENDHAUS

dezember mitte november gingen im fritz-henßler-haus (haus der jugend) und dem dortmunder amtsgericht je ein molotowcocktail in die luft. im amtsgericht kam es zu leichten sachbeschädigungen.

dies passierte zur zeit der hysterie um drenkmann, aber trotzdem konnte man von diesen attentaten kein wort in der zeitung lesen. erst in der ersten dezemberwoche las man in der zeitung von den attentaten, gesucht zwei derner jugendliche, ein lehrling von der zeche gneisenau und ein angestellter, der gerade fristlos entlassen worden war.

irgendein typ hatte die beiden bei der polizei anonym angeschwärzt, aber der schlag der bullen lief ins leere, da beide bereits aus dortmund geflüchtet waren. das hielt die polizei nicht davon ab, den dortmunder vorort derne, eine reine zechensiedlung um die zeche gneisenau, gründlichst auf den kopf zu stellen. bei freunden und verwandten der beiden wurden hausdurchsuchungen durchgeführt. im jugendheim in dorstfeld wurde eine razzia durchgeführt. die popos sind sogar unter tage gegangen, um den arbeitsplatz des lehrlings zu untersuchen. doch dieser terror in derne führte zu nichts, die beiden blieben verschwunden.

für die dortmunder zeitungen ist dies ein heißes thema, kann man den beiden doch nicht nachsagen, daß sie mitglieder einer linksradikalen organisation sind. sie versuchten, die beiden als spinner abzustempeln, über deren genaue motive man keine klarheit bekommen könnte.

spinner sind die beiden bestimmt nicht. der angestellte werner schlegel hat vorher sehr aktiv in der derner bürgerinitiative gegen umweltverschmutzung mitgearbeitet. derne ist der vorort mit dem stärksten schmutz und lärm in ganz dortmund. permanent steht eine pilzartige wolke über den häusern, die von der kokerei herrührt. tag und nacht donnern lastwagen von der zeche zu den halden, die direkt hinter den häusern liegen. die bürgerinitative konnte dagegen bis jetzt kaum etwas erreichen, immer wurde wieder abgewiegelt. der spd-ortsverein hatte die initiative fest in der hand. am 21. november trat werner schlegel aus der bürgerinitiative aus.

der zechenlehrling hatte schon oft gesagt, daß ihm der ganze laden stinkt und er sich absetzen wollte, am liebsten auf eine südseeinsel. es dürfte kein zufall sein, daß ein molli das renommier-jugendhaus der stadt-dortmund getroffen hat.

WEST-BERLIN (ID) JUSTIZ VERSUCHT, DEN WAGENBACHVERLAG ZU LIQUIDIEREN

15. 1. 75. am 14. 1. beginnt die berufung im prozeß des berliner polizeipräsidenten gegen klaus wagenbach wegen beleidigung der berliner polizei. anlaß: unsere behauptung, benno ohnesorg und georg von rauch seien "ermordet" worden, stelle eine beleidigung der berliner polizei dar. in erster instanz war wagenbach freigesprochen worden.

die berufung gegen diesen freispruch wurde von der berliner staatsanwaltschaft mit großem aufwand vorbereitet: vorgesehen sind (vorläufig) 6 verhandlungstage, 38 zeugen und sachverständige. die erschießung rauchs soll vollständig rekonstruiert, zur erschießung ohnesorgs der freispruch des todesschützen verlesen werden. beide absichten zeigen, daß auf der juristischen definition des wortes "mord" beharrt werden soll, also der eingeschränkten bedeutung. nur so wird eine verurteilung möglich.

der zusammenhang, in dem wir das wort benutzten, wie auch der allgemeine sprachgebrauch (z.b. selbstmord, mord im straßenverkehr, justizmord) zeigen aber, daß mit unserer bezeichnung der erschießung ohnesorgs und rauchs als "mord" eine politisch-moralische verurteilung ausgesprochen wurde. diese verurteilung besteht aber - wie man auch im einzelnen werten mag - zu recht: in beiden fällen hat die polizei keineswegs dazu beigetragen, die volle wahrheit über den tod der erschossenen an den tag zu bringen, sondern verschleiernd und fehlerhaft gehandelt.

genauso ist das verhalten der polizei seinerzeit auch von weiten teilen der öffentlichkeit kritisiert worden. und auch die erschießungen sind so bezeichnet worden, als "mord" (robert neumann, ulrich sonnemann), "vorbeugemord" (erich fried) und als "ungeheuerlicher fall öffentlichen mordes durch die staatsgewalt" (heinrich böll).

daß staatsanwaltschaft und polizeipräsident nun ausgerechnet gegen klaus wagenbach vorgehen, nach so langer zeit und mit einem viele tausend mark verursachenden aufwand, kennzeichnet die eigentlich politische absicht des prozesses: es ist bekannt, daß der verlag klaus wagenbach - ohnehin ein beliebtes objekt der berliner justiz - klein und finanziell schwach ist.

unsere kräfte sind begrenzt: wir bitten deswegen alle freunde, kollegen der presse und leser, sich solidarisch zu verhalten.

verlag klaus wagenbach, 1 berlin 31, jenaer straße 6, telefon 87 03 33/87 03 34

OBERURSEL (ID) KAMPAGNE ZUM JAHRESTAG DES BLUTSONNTAG IN DERRY

13. 1. eine einheitliche kampagne zur erinnerung an den "blutsonntag" von derry am 30. januar 1971 soll für die brd vorbereitet werden. inhaltlich sollte diese kampagne nicht nur ein anlaß der erinnerung an ein imperialistisches schandstück sein, eine angelegenheit von trauer, sondern gleichzeitig auf die kontinuität der imperialistischen repression und den anwachsenden volkswiderstand hinweisen, der sich politisch wie militärisch erfolgreich äußert. entscheidend für die kampagne muß der gesichtspunkt der augenblicklichen verhandlungen zwischen der britischen regierung und der ira sein: die britische regierung steht derzeit unter zugzwang und muß deshalb international bedrängt werden im sinne der durchsetzung der wichtigsten forderungen der republikanischen bewegung: setzung eines abzugsdatums der britischen truppen und administration sowie auflösung der kz's und der freilassung der politischen gefangenen sowie einer amnestie.

in diesem sinne sollte die politische bedeutsamkeit der diesjährigen bloody sunday kam-

pagnen gesehen werden, was eine entsprechend einheitliche, kollektive vorbereitung durch politische organisationen und solidaritätskomitees notwendig macht.
informationen und material bei westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel 5, postfach 35

FRANKFURT (ID) SPITZEL ALS HAUSBESETZER
15. januar

in alexander kluges neuem film "in gefahr und höchster not bringt der mittelweg den tod" können wir einen bisher unentdeckt gebliebenen miesen kleinen spitzel in total bei seiner arbeit, nämlich beim barrikadenbau in einem der besetzten häuser, beobachten. er erscheint in dieser szene als erster auf der leinwand und trifft mit zufriedenem gesicht den nagel auf den kopf.

er war bereits im letzten frühjahr des öfteren vor demonstrationen im gespräch mit zivilen gesehen worden. übrigens: allabendlich werden um das olympia-kino, wo der film läuft, strafzettel wegen falschen parkens, selbst in den entlegensten gassen und an die besucher der spätvorstellungdutzendweise verteilt.

WYHL-WEISWEIL (ID) WIR STELLEN KEINE FRAGEN MEHR! WIR SIND NUR DOCH DARAN, DINGE ZU UNTERSTREICHEN (siehe ID nr. 43,52,53,55-57,59,62)
10. januar

das schien so gut geplant: vor der abstimmung der wyhler bevölkerung am 12. 1. darüber, ob ihr gemeindeeigenes gelände an die kernkraftwerk-süd gmbh zwecks bau des kkw verkauft werden soll oder nicht, noch eine fernsehsendung - 2 std. live, die stimmung machen sollte - ein pro-und-contra spielchen (lokaltermin, sonntag, 5.1. südfunk 3, 21 uhr). dazu wurden von herrn cdu dr. klett an einige bürgermeister der gegend je 50 eintrittskärtchen verteilt, die ordnung garantieren sollten. dazu wurden zusammen mit herrn bürgermeister aus weisweil die liste der podiumsteilnehmer auf der kontraseite festgelegt.

dazu machten badenwerk und regierung zur bedingung ihrer teilnahme, daß hans-hellmuth wüstenhagen nicht aufs podium kommt. (hh wüstenhagen hat als vorsitzender des bundesverbandes bürgerinitiativen umweltschutz seit jahren auf der seite der kernkraftwerksgegener gestanden. ihn vom podium verbannen, heißt, die bürgerinitiativen treffen).

die rechnung war ohne die bürgerinitiativen gemacht. ihr kampf ist kein spiel, und sie sind nicht mehr bereit, sich für zirkusstückchen herzugeben. sie sorgten dafür, daß alle, die zuhören und mitdiskutieren wollten, eintrittskärtchen bekamen - zuletzt waren es mehr als 1 000. sie sorgten gleich zu anfang der livesendung dafür, daß wüstenhagen auf das podium kam.

bald wurde klar, was gespielt werden sollte: nämlich immer,wenn ein beitrag aus dem saal kam, ein protest gegen den bau des kkw formuliert wurde, durften mindestens zwei mitglieder des podiums antworten, als "neutraler" moderator muß man immer den angesprochenen das recht geben, sich zu äußern. das gilt natürlich nur für die "crême"auf das podium. wen fanden wir dort? als befürworter herrn dr. king, metereologe ("nebelschwaden aus den kühltürmen werden sie nicht bemerken können, haben wir alles gesprüft"), dr. grawe, ministerium für wirtschaft, mittelstand und verkehr, stuttgart (saß beim erörterungstermin am 9. juli noch auf der "neutralen" moderatorseite, jetzt endlich auf der richtigen, nämlich der betreiberseite), wutschig vom tüv und cdu-schätzle, auf der gegnerseite spd-nicola, prof schüepp aus basel (metereologe) und wüstenhagen.

grawes anwesenheit war eine provokation. die antwort kam promt: grawe raus. wenn es auch nicht gelang, dies gleich durchzusetzen, wurde doch zumindest sein schlußwort verhindert. sprechchöre unterbrachen das scheindemokratische argumentspiel. die bevölkerung im elsaß und in baden läßt sich nicht mehr auf technische details ein: sie hat sich einen standpunkt gebildet, der heißt: kkw nein! ein elsässer verdeutlichte: wir stellen keine fragen mehr, wir haben vier jahre lang fragen gestellt und keine antworten bekommen. wir sind jetzt daran, dinge zu unterstreichen. vom podium (wüstenhagen) und zuschauerraum wurde noch einmal versichert, daß der bauplatz besetzt wird, sollte das kkw gebaut werden. ("wenn eberle unser recht verletzt, wird in wyhl der platz besetzt").

sollte die regierung mit dieser sendung eine propagandashow fürs kkw geplant haben, ist sicher, daß dies ein schuß war, der nach hinten ging.
dieser bericht sollte in die nr. 63, ist aber trotz eilboten zu spät gekommen.

WYHL (ID) BÜRGERENTSCHEID: IST DAS BADENWERK EINEN SCHRITT WEITER GEKOMMEN ?
13. januar

vor freitag: die landesregierung beruft sich auf eine meinungsumfrage des instituts infratest in baden-württemberg, nach der über 60 % der meinung sind, das kernkraftwerk müsse auch gegen den willen der bevölkerung gebaut werden, um unsere energieversorgung zu "sichern".

freitag, 10. 1.: bürgerversammlung in wyhl

zur bürgerversammlung in wyhl sind laut gemeindeordnung nur wyhler bürger zugelassen. schon vorher haben bürgermeister zimmer und die landesregierung gegen die abmachungen mit den kernkraftwerksgegnern, daß keine eingriffe von außen zu dulden seien, verstoßen. so auch heute. zwanzig nach acht erscheint minister eberle mit weiteren 12 "experten", ministern. eineinhalb stunden reichen sich die befürworter das wort hin und her. die kkw-gegner können nicht mal den antrag einbringen, auch ihrerseits einige experten dazuzuholen. das ganze wird eine propagandaveranstaltung für regierung und badenwerk. gegen 24 uhr steht der 2. bürgermeister auf und sagt, er werde gegen das kkw stimmen, es sei mit seinem gewissen nicht zu vereinbaren. das erste mal in wyhl, daß die front von bürgermeistern und gemeinderäten bröckelt.

jagd auf den eberle im kaiserstuhl:

eberle hat sich von anfang an gedrückt und sich der betroffenen bevölkerung nie gestellt. also wird man ihn dazu bringen. nach ende der bürgerversammlung in wyhl werden alle ausfahrtsstraßen mit straßensperren versehen. als er in eine als unfall getarnte sperre bei sasbach fährt, ist seine limousine sofort von etlichen

leuten umringt. sie klopfen auf das blech und bitten ihn nach draußen. eberle weiß, was ihm blühen kann: sein wagen setzt zurück, rammt dabei ein stehendes auto, setzt über den acker, eine frau kann sich gerade nochdurch einen sprung zur seite retten. anzeige wegen fahrerflucht? nein, der herr übt ja sein hohes amt aus.

samstag, 11. 1.: jeder bürger in wyhl erhält einen brief von ministerpräsident filbinger, der um ein ja bittet. zwei busse mit wyhlern fahren nach biblis ins kkw auf besuch. der nagelneue reaktor ist wegen störfall inzwischen abgeschaltet. das macht nichts, er ist auch so schön. ein gutes essen, ein guter tropfen und ein aufgebot strahlender leute, die alle begeistert über ihre vorteile erzählen. das kkw ist doch ein rechter dukatenkacker. wieder sind einige kreuzchen für sonntag sicher.

sonntag, 12. 1.: die abstimmung

92 % der wyhler beteiligen sich an der abstimmung. davon stimmen 55 % dafür, 43,2 % dagegen. ein beweis dafür, wie gespalten das dort ist. im rundfunk: "auf seinem weg, in wyhl ein kernkraftwerk zu errichten, ist das badenwerk heute einen schritt weiter gekommen."?

die badischen und elsässischen bürgerinitiativen, inzwischen dreißig, erklären der presse: "die letzten wochen waren für uns ein lehrstück in demokratie. die landesregierung hat gegen die absprachen mit unseren steuergeldern massiv die abstimmung in wyhl beeinflußt, durch postwurfsendungen, einen "persönlichen" brief filbingers, den auftritt eberles, meinungsumfrage, pressekonferenzen und anderen amtsmißbrauch. zur scheinbar internen wyhler bürgerversammlung waren wir, die unmittelbar betroffenen, nicht zugelassen, wohl aber die riege von atomindustrie und regierung. die regierung, die unsere steuermillionen für atomkraftwerke verschleudert, die mit unserem geld den kampf gegen uns finanziert, versucht unsere sprecher als "professionelle umweltschützer" zu diffamieren und auszuschalten. ständig hat die regierung öffentlich behauptet, "die" wissenschaft sei einhellig auf ihrer seite, obwohl sie das gegenteil weiß.

einerseits hat die regierung versucht, mit allen mitteln den wyhler bürgerentscheid zu manipulieren, andererseits hat sie mit der enteignungsdrohung klar gemacht, daß sie die demokratische entscheidung nur anerkennt, wenn sie ihr ins konzept paßt. d.h. demokratie ist nur eine farce, wenn sie stört, wird sie beiseite geschoben.

weiter hat sich die regierung eine scheindemokratische rückenstärkung durch die meinungsumfrage der firma infratest in baden-württemberg geholt, d.h. sie hat sich darauf verlassen, daß nicht-informierte bürger auf geschickte meinungsforscher-fragen so antworten, wie es die regierung wünscht.

aber in unserer region, wo seit jahren durch information und öffentliche diskussion überhaupt erst die grundlage für eine freie meinungsbildung gelegt wurde, wird die regierung diese bestätigung niemals bekommen. hier muß sie ihr projekt mit gewalt durchsetzen. die wyhler bevölkerung hat über den verkauf eines grundstückes entschieden, aber wir, die betroffene region, werden über den bau des kernkraftwerkes entscheiden. wir erklären, daß die regierung die verantwortung für die folgenden wochen, monate oder jahre zu tragen hat. jetzt kann sie der öffentlichkeit zeigen, was sie von demokratie hält. sie kann vorführen, wie man mit polizeigewalt tausende von menschen verfolgt, die ihre existenz verteidigen und ihr recht schützen. wir werden es nicht zulassen, daß einzelne herausgegriffen werden, wir haben gelernt, gemeinsam zu handeln, und wir haben zu lange gekämpft, um aufzugeben.

bürgerinitiativen wyhl, weisweil, sasbach, forchheim, riegel, endingen, bahlingen, königschaffhausen, jechtingen, amoltern, leiselheim, kiechlinsbergen, lahr, oberrheinisches komitee oberrottweil, badische fraueninitiative, initiativegruppe kkw nein freiburg, aktionsgemeinschaft gegen umweltgefährdung durch atomkraftwerke e.v. freiburg, arbeitskreis umweltschutz an der universität freiburg, gewaltfreie aktion freiburg, arbeitskreis gegen kernkraftwerke emmendingen, initiativgruppe buggingen gegen den bau einer brennelementefabrik in heitersheim, sowie neun elsässische bürgerinitiativen und umweltschutzgruppen.

insgesamt 30 badisch-elsässische bürgerinitiativen, 12. 1. 1975

AUSLAND

DUBLIN (ID) — ORTSGRUPPEN TRATEN GESCHLOSSEN ZUR IRSP ÜBER

14. dezember — unmittelbar nach gründung der "irisch republikanischen sozialistischen partei" (irsp) - siehe id nr. 62 - wurden in ganz irland ortsgruppen gebildet. besonders stark war der zulauf in belfast, wicklow, galway, derry und armagh. sämtliche ortsgruppen der offiziellen sinn fein und ira des bezirkes wicklow (grafschaft) traten geschlossen der neuen partei bei. auch in dublin ging eine parteieinheit geschlossen zur irsp, der sich auch bernadette devlin-mcaliskey angeschlossen hat.

in wenigen wochen wird der konstituierende parteitag der neuen bewegung stattfinden, auf dem auch die darstellung des politischen programms erfolgen soll. wie schon berichtet, ging die irsp aus der offiziellen sinn fein/ira hervor. aktueller anlaß zum bruch waren die resolutionen der führung der alten sinn fein (goulding, mc giolla) auf dem letzten parteitag im dezember. mc giolla sprach sich dort erneut für die vorbehaltlose zustimmung zu den "sozialistischen ländern des ostblocks" aus und verurteilte eine resolution der delegierten aus galway, die sich gegen den ausbeuterischen fischfang vor den küsten irlands durch deutsche, japanische, britische und sowjetische trawler-schiffe richtete. mc giolla bestand darauf, die sowjetischen schiffe ausdrücklich auszunehmen.

DUBLIN (ID) — I R A KÄMPFT WEITER

16. januar — am donnerstag vergangener woche um 18 uhr hat der armeerat der irisch republikanischen armee beschlossen, den der englischen regierung angebotenen waffenstillstand aufzukündigen, um eine verstärkte militärische kampagne zu eröffnen, die besonders das englische gebiet betreffen soll.

kurz vor weihnachten hatte die provisorische ira von sich aus, angeregt durch priester katholischer und protestantischer konfession, bedingungslos diesen waffenstillstand angeboten. sie erklärte zugleich, einen andauernden stillstand aller militärischen aktivitäten anzubieten, falls die britische regierung die konzentrationslager auflöse, eine generalamnestie verkünde und ein - auszuhandelndes - datum für den beginn des stufenweisen abzugs britischer truppen aus nordirland angebe. die ira beabsichtigte auf diese weise gegenüber der öffentlichkeit zu dokumentieren, was sich hinter den dutzendfachen taktischen aufforderungen der briten wirklich versteckt hielt, die in der bürgerlichen presse stets die kräfte der irischen befreiungsorganisationen als blindwütige, fanatische mörder hinstellten.

die briten - derart in zugzwang gebracht - konnten nichts anderes demonstrieren als ihre ignoranz und im übrigen ihre angst und abhängigkeit gegenüber faschistischen kreisen der protestantischen oligarchie nordirlands.

der englische nordirland minister rees war nicht einmal bereit, direkt mit der ira zu verhandeln und verlangte am montag dieser woche ernsthaft im britischen unterhaus, die ira "solle von sich aus, jenseits aller vorleistungen, den endgültigen waffenstillstand beschließen...danach sei auch mit zugeständnissen zu rechnen." dieser zynismus, eine klare provokation gegen den waffenstillstand, mußte von der ira eindeutig beantwortet werden, die ihren waffenstillstand bereits einmal bedingungslos erneuert hatte: sie eröffnet nun eine neue militärische offensive. bereits einmal zuvor, im jahre 1972, hatte die britische regierung selbsttätig einen zuvor mit der ira in london ausgehandelten waffenstillstand umstandslos gebrochen.

genauere informationen über die situation in irland sind dem gerade erschienenen info 8 zu entnehmen: westdeutsches irlandsolidaritätskomitee - 637 oberursel 5 - postfach 35

ÖSTERREICH (ID) SPEKULATION: AM BEISPIEL ZUCKER

14. januar

mitte dezember versuchten tausende käufer vergeblich, kristallzucker zu kaufen. die regale waren leer. schuld daran seien die "hamsterer", so hieß es seitens der zuckerindustrie und des handelsministeriums. sicher gab es auch hamsterkäufe, was nicht verwunderlich ist, wenn man weiß, daß der zuckerpreis wieder erhöht werden soll. aber so leicht sollte man sich nicht mit erklärungen zufrieden geben. selbst vertreter der zuckerindustrie erklären, daß der zuckerberg nicht von den hausfrauen gegessen werden konnte. in österreich werden 360 000 t zucker pro jahr erzeugt und nur 290 000 t für den eigenverbrauch benötigt.

uns wird daher doch niemand einreden wollen, daß die kleinen hamsterer für den aufreizenden zuckermangel verantwortlich sind. der weltmarktpreis des zuckers ist um ca. 500 % gestiegen. während in österreich der preisgeregelte großhandelspreis s 7,20 pro kilo kristallzucker gilt, kostet in der schweiz der zucker s 30 pro kilo. dieser preis ließ wife unternehmer nicht ruhen (z.b. platzer, rauch u.a.). so fuhren hunderte tankautos mit zucker (58 % verdünnt) legal in die schweiz. die wochenpresse vom 18. dezember 1974 schrieb dazu: "rekordumsätze verbuchte dabei vorarlbergs großmarkt zumtobel (ein kleiner "zuckerexporteur" im vergleich zu anderen, anm. d. verf.). die tüchtigen kaufleute konnten ihren umsatz von 70 t (november 1973) auf 1140 t (november 1974) hinaufkatapultieren..."

je kilo zucker s 6,83 fabrikabgabepreis, s 8 transportkosten, s 2 raffinationskosten. bleibt s 12 nettogewinn pro kg zucker. bei 25 tankzügen mit je 40 t ein gewinn von 11 mill. schilling.

und damit ist auch das rätsel zuckerknappheit gelöst. um extraprofite zu realisieren, wurden hunderte tonnen zucker (die genaue zahl ist schwer feststellbar) in die schweiz, aber auch in andere länder verschoben. daß die zuckerbarone dieses geschäft zu spät erkannt haben und nicht selbst eingestiegen sind, wurmt sie sehr. daher wollen sie im inland wenigstens den rahm abschöpfen und verlangen eine preiserhöhung. (die letzte preiserhöhung um 80 groschen/kg wurde am 1. 8. 1974 wirksam).

geradezu absurd wird bei dieser expansion die drohung, daß arbeitsplätze in gefahr sind, wie dies der direktor der tullner zuckerfabrik karl vogler androhte, falls der preiserhöhung nicht stattgegeben wird. denn der grund für preiserhöhungen, auch bei zucker, darf "nur" in der erhöhung der personalkosten zu suchen sein. die "lohn-preis-spirale" hat ihre gültigkeit zu beweisen, auch wenn die wirklichkeit eindeutig zeigt, daß nicht die erhöhung der löhne, sondern die gier nach extraprofiten die ursache für die preiserhöhungen sind. selten ist das so deutlich geworden wie am beispiel zucker.

aus: "offensiv links", herausgeber: föj, 1040 wien, belvederegasse 10

BASKENLAND/SPANIEN (ID) GENERALSTREIK IM BASKENLAND

dezember 74

am 11. dezember fand der größte zusammenhängende streik im nachkriegsspanien statt: 200 000 arbeiter (cambio 16) - andere schätzungen belaufen sich auf 400 000 arbeiter ("was tun") - in guipuzcoa, vizcaya und navarra traten in den streik, zu dem verschiedene organisationen wie eta 5, eta 6 - lcr, mce, ort sowie die psoe/ugt zur unterstützung der politischen gefangenen, die sich seit dem 24. november im hungerstreik befinden, aufgerufen hatten. allgemeine forderungen wie amnestie für alle politischen gefangenen und aus politischen gründen exilierten sollten diesen von den oben aufgeführten organisationen als "kampftag" propagierten streik bestimmen.

sowohl die organisationen, die sich an dem aufruf beteiligten - die pce nahm daran nicht teil - als auch die unternehmer und die polizei waren über die große streikbeteiligung überrascht, die nach angaben von "cambio 16", einer madrider wochenzeitschrift, höher war als während der solidaritätsstreiks anläßlich des burgosprozesses im november 1970.

das gesamte öffentliche leben im baskenland war während des streiks lahmgelegt: neben dem industriellen sektor, wo die "fabrikkomitees" den streik organisiert hatten, wurden auch ein großer teil der banken, der schulen und der universitäten bestreikt. der straßenverkehr war stark reduziert, so daß das straßenbild fast ausschließlich von der "bewaffneten polizei", die umfangreiche straßenkontrollen durchführte, bestimmt war.

zusätzlich zu dem in diesen provinzen von vornherein schon starken polizeiaufgebot waren noch die "spezialbrigaden gegen unruhen" aus verschiedenen regionen spaniens hinzugezogen worden.

schon vor dem großen streiktag war die atmosphäre im baskenland durch die starke konfliktsituation in den betrieben, die massive illegale propaganda, straßendemonstrationen, verhaftungen, straßenkontrollen und die unzähligen falschen bombenmeldungen bis aufs äußerste gespannt. hausfrauen, die die schließung der läden befürchteten, hatten sich schon tage zuvor lebensmittelvorräte angelegt.

vor allem in den kleinstädten und auf den dörfern war denn auch ein großer teil der geschäfte geschlossen. in san sebastian schlossen 30 % der geschäfte, obwohl die ladenbesitzer von der polizei unter androhung von strafen aufgefordert worden waren, ihre läden offenzuhalten. in einigen orten waren die straßen total verlassen, in anderen kam es zu demonstrationen, die von der polizei sofort aufgelöst wurden, wobei es zum teil zu heftigen auseinandersetzungen kam, z.b. in lasarte zwischen 400 michelin-arbeitern und der polizei, was zu zahlreichen verhaftungen führte.

dem streik am 11. dezember waren verschiedene streiks in allen drei provinzen vorausgegangen ,wobei der kampf gegen bevorstehende entlassungen und die steigenden lebenshaltungskosten der hauptantrieb der streikbewegung waren. in den banken spielten die bevorstehenden verhandlungen für den nationalen bankentarifvertrag eine wichtige rolle für die geschlossenheit der streikbewegung.

cappse-berlin, postscheckkonto 388 350-108, d. zinser, kennwort "spanienhilfe"

MOSKAU(LE MONDE/ IPS/ID) 28. dezember

NACH 57 JAHREN: FREIZÜGIGKEIT FÜR SOWJETISCHE BAUERN

der neue inlands-pass, mit dem von jetzt bis 1981 alle sowjetbürger über 16 jahren ausgestattet werden sollen, wird auch für bauern ausgestellt werden. das neue dokument wird für das ganze leben des inhabers gültig sein. die ausgabe des neuen identitätsausweises wird am 1. januar 1976 beginnen, und zwar bei den jungen, den soldaten nach ihrer entlassungen, jenen, die sich für mehr als 45 tage aus ihren landbezirk entfernen, und denen, die ihren namen ändern. die ersten pässe werden in moskau ausgestellt werden.

der inlands-pass ist ein personalausweis und berechtigt nicht zu reisen ins ausland. die ausstellung von pässen an kolchos- und sowchosbauern beendet die diskriminierung, die es bisher den bauern unmöglich machte, sich in den städten niederzulassen und den beruf zu ändern. 57 jahre mußten die bauern auf die beseitigung dieser diskriminierung war ten.

FRANKREICH (ID/LIBE) 17. januar

SIEG FÜR ARBEITSEMIGRANTEN

der erlaß marcellin-fontanet, im januar, februar 72 eingerichtet, beabsichtigte nach den worten seiner "verfasser den ablauf der immigration nach frankreich zu vereinfachen" und zu vermeiden, daß die zahl der bewohner in den slums zunimmt. wie sind diese maßnahmen im endeffekt verwirklicht worden?

aufgefangen vom einwandungsbüro war der arbeitsemigrant ein jahr lang durch einen vertrag an eine firma gebunden. der vertrag schloß ein, daß der unternehmer dem arbeiter eine wohnung stellen mußte. forderungen angesichts dieses grades der abhängigkeit waren schwierig. und wenn sie aufmuckten, riskierten sie, auf der straße zu landen, ohne papiere und ohne wohnung. alle verwaltungsvorgänge laufen über die polizei und präfektur, und man versteht den unwillen der immigranten, den sie empfinden, wenn sie bei ämtern vorstellig werden müssen. ohne papiere war der arbeiter gezwungen, schwarz zu arbeiten, mit dem risiko, von der polizei kontrolliert oder ausgewiesen zu werden. gegen diese sklaverei haben sich die arbeiter seit zwei jahren gewehrt.

im oktober 72, als der innenminister einen militanten araber,said bonzhiri, ausweisen wollte, begann er einen hungerstreik. hungerstreik wurde das am meisten benutzte kampfmittel gegen den erlaß marcellin-fontanet. von valence ging eine welle von hungerstreiks aus in ganz frankreich. sie erreichte ihren höhepunkt, als im mai 1973 65 streikende in menilmontant ihre arbeitserlaubnisse erhalten und für eine große zahl von "papierlosen" eine regelung herbeigeführt wird. in diesem moment taucht die unzufriedenheit der immigranten überall auf: streik der ungelernten arbeiter bei renault und in billancourt im märz/april 73, streik für arbeitserlaubnisse in margoline und auf den baustellen von duchesne in paris, entlassene arbeiter besetzen büros bei citroen. angesichts einer solchen massenbasis ist der arbeitsminister gorse zum ersten mal gezwungen, zugeständnisse zu machen. diese erscheinen für die mehrheit der arbeiter immer noch ungenügend. das löst neue kämpfe aus: generalstreik im september 73 und beteiligung anderer nationalitäten. auf einer baustelle in laval streikten im märz 74 türkische arbeiter für die aufenthaltserlaubnis; kampf der mauritianer in troyes gegen den menschenhandel, der mit ihnen getrieben wird, hungerstreik der pakistaner im april und mai 74 , wie die jugoslawen einen monat später bei renault für die regelung ihrer"papiersituation". und kürzlich hungerstreik in montpellier und avignon. alle diese kämpfe, ihr massiver und autonomer charakter zwangen die regierung jetzt nachzugeben. die abschaffung dieses erlasses ist ein ungeheurer erfolg für die immigranten. ihre wichtigste forderung, das recht auf eine arbeitserlaubnis sofort bei ihrer ersten einstellung ist erfüllt worden.

am mittwoch, 8. januar, hatten in montpellier 150 marokanische landarbeiter einen unbegrenzten hungerstreik begonnen. er fand in einer von den pfarrern der stadt geliehenen kirche statt. mittwoch abend lief das letzte ultimatum der arbeiter an die staatlichen organe aus. ihnen war nichts neues angeboten worden, außer kollektiver rückführung in ihre heimatländer oder saison-arbeitsplätze, die die bisherige situation weiter aufrecherhalten hätten. rückführung und saisonarbeit waren von den 150 geschlossen und entsch ieden abgelehnt worden.

am samstag um sechs uhr morgens drangen hunderte von polizisten in die kirche ein und schmissen mit brutalsten mitteln die marokkaner raus. am späten nachmittag demonstrierten 1 000 leute aus protest gegen den polizeiüberfall in der stadt. die aktion geht mit einem solidaritätshungerstreik von 20 franzosen weiter. in schulen, universitäten, auf baustellen und in fabriken wurden aktionstage organisiert.

SAN FRANCISCO (LNS/ID) KAMPAGNE GEGEN ELEKTROSCHOCKTHERAPIE
dezember

als teil einer laufenden kampagne gegen den gebrauch von elektroschocktherapie (est), hat das network against psychiatric assault (napa-netzwerk gegen den psychiatrischen angriff) zu einer öffentlichen debatte mit dem langeley porter neuropsychiatric institute (lpni) aufgerufen, um deren praktiken und ziele zu ergründen. das lpni, eine einrichtung, die aus öffentlichen geldern finanziert wird, ist ein teil der university of california medical center und eine der einflußreichen einrichtungen des westens; sie haben sich auch bis jetzt geweigert, an öffentlichen diskussionen teilzunehmen. besonders wichtig ist, daß institutspsychiater und verwaltungsleute sich weigern, beweise vorzulegen, die ihre behauptung, der gedächtnisverlust bei est-behandlung sei "vorübergehend", glaubhaft machen.

die elektroschockmethode besteht darin, daß 70 - 150 volt durch den kopf der person gejagt werden, um konvulsionen zu erzeugen. "in den 40 jahren, in denen est-experimente betrieben wurden, gab es nicht eine studie, die der behauptung des institutes recht gäbe," erklärte ein napa-sprecher. "und es gibt auch keine beweise, die zeigen, daß est wirksamer als andere therapien sei, einschließlich der, bei der man patienten alleine läßt, wenn sie alleine sein wollen." "viele, die die est-behandlung erfahren haben, bezeugen, daß die behandlung schweren und dauerhaften gedächtnisverlust verursacht. das napa-mitglied doug sagt, daß er seit seiner behandlung vor zwanzig jahren an alpträumen leidet und sich an seine vergangenheit nicht erinnern kann. er meint "wer est erlebt hat, hat das gesicht der hölle gesehen."

jeden montag, mittwoch und freitag wird est in der lpni clinic angewandt. die napa hat jetzt glaubhafte informationen erhalten, die berichten, daß gewalt und täuschung zu den mitteln gehören, um patienten zu est zu kriegen.

im mittelpunkt der debatte steht das konzept der "informierten einwilligung". die napa bezweifelt, ob ein zukünftiger patient wirklich aufgeklärt wird und richtig versteht was elektroschocktherapie ist, was die risiken der therapie sind und was für alternativen es gäbe.

eine andere frau aus einer organisation im "network" (napa) meinte weiter, "jemand der mit thorazine (beruhigungsmittel, tranquillizer) voll ist, der ist nicht in der lage, zu irgend etwas zuzustimmen." viele menschen glauben, daß est entweder nicht mehr benutzt wird, oder daß es kaum gebraucht wird, daß es am aussterben sei, dies ist jedoch falsch! obwohl die informationen wegen der geringen mengen von zuverlässigem material, bruchteilhaft und unvollständig sind, ist klar, daß est keine sache der vergangenheit ist. eine untersuchung im jahre 1969 von 90 psychiatrischen einrichtungen ergab, daß bei 54 beantwortungen der umfrage 49 die est-methode anwenden. 36 kliniken gaben keine auskünfte; 1968 waren es 9.000 personen, die elektroschocktherapie durchmachten.

manche leute betrachten die kampagne gegen die est als irrelevant oder unwichtig, aber nach meinung der napa "muß jeder versuch, menschen durch chemische oder technologische mittel zu kontrollieren, aufs schärfste bekämpft werden. est ist bestenfalls firlefans und schlimmste folter."

napa: 2150 market st., san francisco, california 94114

BOSTON (LNS/ID) SCHWULEN-"WERBEKAMPAGNE" IN BOSTONER U-BAHNEN
dezember

als erstaufführung in den u-bahnen von boston wurde von der gay media action-advertising eine aufklärungs- und informationskampagne gestartet. sie besteht aus einer dreiteiligen plakatreihe, die über den lebensstil der gays (schwule) informieren soll. sie bezwecken damit, die bevölkerung daran zu gewöhnen, ihnen ängste und falsche vorstellungen zu nehmen über die homo- und heterosexuellen verhaltensweisen.

obwohl schon für letzten februar angesetzt, wurde die kampagne um neun monate wegen legalen schwierigkeiten verzögert. der gruppe wurde der niedrige "öffentlichkeitsdienliche" tarif untersagt und sie mußte somit den kommerziellen werbetarif bezahlen. sammlungen haben erreicht, daß die ersten zwei monate bezahlt wurden - einer fehlt noch.

gay media action-advertisin, 43-45 hanover st., allston, massachusetts 02134

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 JÄGER SOLIDARISIEREN SICH NICHT MIT IHREN OPFERN (teil 2 und schluß)

zum rechtsberatungsmißbrauchgesetz ist zu sagen: es ist in der hitlerzeit entstanden, darauf muß man erst mal hinweisen. und dann zweitens: die geschäftsmäßigkeit wird also darin gesehen, daß man dafür geld nimmt. leute, die das aus idealismus tun, werden da völlig ausgeschlossen. man betrachtet auch das als geschäftsmäßig, weil sie dies laufend tun. das ist geradezu eine perversion der geschäftsmäßigkeit. natürlich, die anwälte sind sehr scharf darauf, daß das gesetz eingehalten wird, weil ihnen sonst ihre pfründe verloren gehen könnten, wenn da andere leute als konkurrenten auftreten. dann muß man auch sehen, daß das mietrecht doch von der creme der anwaltschaft, von den großen bekannten anwälten vernachlässigt wird. denn das bringt ja nichts ein. die anwälte arbeiten natürlich nicht geschäftsmäßig, sondern das ist eine wissenschaftliche tätigkeit. ja, ja eine erklärung des bundesfinanzgerichts liegt hier vor, aber wenn einer aus idealismus leute vertritt, dann macht er das natürlich geschäftsmäßig! und dann droht die gefahr, daß er erstmal ausgeschlossen und dann bestraft wird wegen rechtsberatungsmißbrauch. also wer hier was mißbraucht, das ist wohl anders. das hat eine dialektik in sich selbst und bei verfassungskonformer auslegung, das ist meine auffassung dazu, halte ich das so, wer da eben nicht zu erwerbszwecken tätig wird, fällt da nicht darunter. es ist allerdings so, da sieht man eben, als ernannter richter, wenn

man sich einem gewissen repressionsschema aussetzen will, kann man stur sein und dagegen anlaufen. es ist allerdings so, irgendwann wird der mann doch zu fall gebracht, wie die verwaltung da vorgeht mit der staatsanwaltschaft gegen ihn usw. und ihn dann rausschießt. das ist dann der letzte weg. nochmal grundsätzlich zu der frage des engagements. ich habe schon gesagt, als die frage gestellt wurde, daß, wenn man etwas länger tätig ist, daß man dann sehr leicht resigniert. es ist so, sie können engagement in einzelnen fällen als richter entfalten, können einzelnen menschen helfen und auch sozial schwachen zu ihrem recht verhelfen, im einzelfall einzelnen personen, was auf der anderen seite oftmals dazu führen kann, daß sie diese privilegieren gegenüber anderen, die zu einem anderen richter kommen und das pech haben, dann eben schlechter dazustehen. insofern können sie ein engagement entfalten, haben dann eine gewisse befriedigung und können sich sagen, hier dieser alten frau habe ich geholfen. ich habe also verhindert, daß sie aus dem stadtteil vertrieben wird. ich hatte da mal so einen fall, der ist ja auch ewig durch die presse gegangen. es war ein rechtskräftiges urteil ergangen, es sollte geräumt werden und ich ging hin mit einem beschluß, da ist die alte frau wieder in ihre wohnung reingetragen worden. da habe ich mich also stur gestellt und ich meine, in dem konkreten fall hat das dazu geführt, daß die frau dann von der stadt eine neubauwohnung gekriegt hat im westend. nachdem die berichterstattung in der presse nicht abbrach, hat frau jahnke sogar noch einen erholungsurlaub von der stadt bekommen für die aufregung. da hat man nun das gefühl, gut, dieser einzelnen frau hat man geholfen. das ist ein gewisses engagement im einzelfall. dies hat allerdings auch einfluß auf den fall lessing gehabt. man ist dann vorsichtiger gewesen, weil man wußte, es geht hier wieder los. es ist natürlich die frage - und da muß man resignieren - ob sie als richter eben insofern verändernd wirken können, daß sie das recht, die gesellschaft menschlicher machen. da sind ihre wirkungsmöglichkeiten, insbesondere auch als amtsrichter, besonders gering, allenfalls werden da den verfassungsrichtern möglichkeiten gegeben, aber da kommen ja eben leute nicht hin, die nicht so justizkonform sind. es fällt manchmal in höheren kreisen der ausspruch, ein amtsrichter ist im allgemeinen nur der, der eben faul oder reich ist und sich das leisten kann. das sind so gewisse sprüche in oberer gerichten. aber ich meine, einen vorteil hat der beruf des amtsrichters, sie können alleine entscheiden. sie können da ein gewisses soziales engagement im einzelfall entfalten. wenn sie in der kammer drin sind, in einem kollegialgericht und das habe ich am eigenen leibe erfahren, und die anderen kollegen denken anders, da können sie gegen die wand reden, sie werden stur überstimmt. und wenn sie mit denen nicht auf einer wellenlänge sprechen, ist ihr ganzes soziales engagement umsonst. bei der im moment herrschenden großwetterlage, hauptsächlich durch die baader-meinhof-hysterie verursacht, wird dieses soziale engagement immer schwieriger. dazu kommt die ermordung drenkmanns, die natürlich unter der richterschaft zu einer unheimlich starken hysterisierung geführt hat.

es ist besonders in frankfurt leider eine gegenentwicklung eingetreten. wir hatten hier den herrn wassermann, der ein recht liberaler präsident war und auch als verfasser liberaler schriften hervorgetreten ist. er wurde durch intrigen von hier vertrieben. wir haben seither einen präsidenten, der genau das gegenteil ist, der geradezu ein anti-wassermann ist, der eine unheimliche macht ausübt. er ist im prüfungsamt und läßt also erst einmal die leute zittern, bis sie in den justizdienst treten. er übt eine enorme macht aus, da er über die besten beziehungen zum justizministerium verfügt und hat hier eine absolute gegenentwicklung eingeleitet, insbesondere beim frankfurter landgericht. das hat natürlich eine starke bedeutung, weil es in frankfurt ja die oberste instanz ist. eine absolute gegenentwicklung, eine konservative und eine autokratische, kann man sagen. diese entwicklung fängt schon bei den assessoren an; die werden auf vordermann gebracht und jedes aufmupfen wird sofort mit repressionen belegt. das ist eine spezielle frankfurter komponente, die eine reaktion auf das wirken von wassermann hier in den letzten jahren ist und die zu starker resignation anlaß geben wird.

frage: wenn sie von repressionen sprechen, dann sagen sie, "sie" üben repressionen aus oder - sie - haben erreicht, daß der wassermann da versetzt worden ist. wie setzt sich das durch und wer ist das "sie"?

ja, das ist eben, wenn man so sagen will, das teuflische. es ist schwer durchschaubar, es ist auch schwer durchschaubar gemacht und das "sie" ist erstmal das justizministerium und die bürokratie des justizministeriums, die einen starken einfluß hat.

es ist so: wenn sie sich unliebsam gemacht haben, dann werden gleich leute auf sie angesetzt und sie sind nur einer! diese bürokratie des justizministeriums, die in direktem kontakt mit dem jeweiligen präsidenten steht - da gibt es oberlandesgerichtspräsidenten,. landgerichtspräsidenten, die alle konform geschaltet sind zum justizministerium - übt natürlich sehr starken einfluß aus. sie, die präsidenten, geben die benotung für die assessoren. das geben zwar an sich die vorsitzenden, aber der präsident gibt dann die gesamtbenotung, so daß ein einfluß gewahrt bleibt. bei beförderungen geben sie die benotungen, sie berufen das präsidium ein. die präsidien entscheiden zwar, aber die präsidien machen in den meisten fällen eben das, was die präsidenten machen und diese handeln wiederum aufgrund der anweisungen aus wiesbaden, und das ist eine anonyme bürokratie. wer das nun im einzelnen ist, das weiß man nicht so genau. das ist eben eine gut ausgestattete, stark vorhandene, kräftige bürokratie. herr wassermann war eine ausnahmeerscheinung, der paßte hier nicht in die landschaft. man hat ihm eben so lange zugesetzt, bis er sich eben dann nach braunschweig abgesetzt hat. man hat ihm durch nadelstiche ständig schwierigkeiten bereitet, das kann man machen. gerade als landgerichtspräsident ist er ja auch der weisungsgewalt unterworfen: des oberlandesgerichtspräsidenten und des justizministeriums. da ist er ja nicht richterlich unabhängig, sobald er präsident ist. das wichtige ist, es gibt eine bestimmte gruppe, man kann fast sagen, ein machtkartell von senatspräsidenten und beförderten richtern, die da mitmachen und diese sache unterstützen. man muß dazu sagen, die "sie", das ist sehr wichtig und ich habe ja mit den "sie" zu tun und merke den großen bruder, der da so im hintergrund ist. das ist eine bürokratie, die nicht nach außen in erscheinung tritt, das ist die ministerialratsebene, ministerialdirigentenebene usw., die recht gut besoldet ist, deren namen sie aber nicht kennen, die im anonymen bleiben, eine fülle von verfügungen und vorarbeiten machen und alles dirigieren und dann, wenn das ministerium einen richter promovieren lassen will, also hervorheben, hochheben will, wenn es meint, der liefert genug urteile ab - natürlich spielt erstmal die examensnote eine rolle und dann der output, den er hat - wenn er also genügend urteile ausgestoßen und belastbarkeit hat, dann darf er promovieren. das ist also geradezu lachhaft, wie dann im-

mer gleich der ausdruck belastbarkeit auftaucht. wenn er genügend belastbar ist, dann holt man den sich erst mal ins ministerium als hilfsarbeiter. der bleibt dann richter. da gibt es die schöne bezeichnung amtsrichter oder oberlandesgerichtsrat im justizministerium, obwohl er reiner verwaltungsbeamter ist. wer dann dort seine probe bestanden hat, der steigt entweder im ministerium auf oder kommt zurück als senatspräsident oder als direktor usw.. das nennt man das dritte staatsexamen. oder man holt ihn an das oberlandesgericht, an entsprechende senate, wo er dann entsprechend weiter dressiert wird. der beste weg aber geht über das justizministerium.

welcher minister im moment dran ist, spielt keine rolle, weil die bürokratie - das muß man wissen - den ton angibt. der minister ist auf die bürokratie angewiesen. wir haben hier selbst liberale minister gehabt und weniger liberale minister. wer das system geleitet hat, war völlig gleich, weil die leute, die darüber bestimmen, anonym bleiben. das sind die ministerialdirigenten usw.. die bleiben jeweils und die sind auch in den einzelnen ländern gleich, egal ob die cdu oder die spd an der macht ist. die gehen in dem land, in dem die cdu an der macht ist, notfalls in die cdu und wenn die spd an der macht ist, dann gehen sie in die spd, um sich entsprechend abzusichern. die haben sich ja durch das system entsprechend hochgearbeitet. sie haben als hiwis im ministerium angefangen, haben sich hochgearbeitet, die würden in bayern in die csu gehen, in hessen in die spd, in berlin auch. das sind diese leute, diese bürokraten und technokraten, die im hinterhalt, also im dunkeln, dirigieren und alles ordnen und verwalten und wenn sie sich mit dieser macht anlegen, also da kann ich sie nur warnen.

ich möchte dazu sagen, da ist natürlich ein rückschritt eingetreten. das jahr 68/69, da war dies alles noch wesentlich liberaler. das war eine zeit in hessen, das haben sie vielleicht von berlin nicht so verfolgt, da waren einige fortschrittliche leute - der richterbund ist natürlich auch eine organisation, da sind viele konservative drin - aber da waren einige leute da, die haben gegen diese anonyme bürokratie angestürmt und haben einfach erst einmal die frechheit besessen - was damals undenkbar war -, gegen diese leute zu klagen. einfach den eigenen arbeitgeber zu verklagen und sogar dann zu vollstrecken. das war etwas vollkommen neues. da haben sie sogar einmal bei einem präsidenten taschenpfändung durchgeführt. da gabs so eine prozeßbewegung, eine gewisse gruppe hatte sich zusammengetan gegen diesen anonymen machtapparat, der sich also allerlei - ich will ein bißchen vorsichtig sein - ziemlich viel angemaßt hat und den leuten ganz hübsch zugesetzt hat. da sind folgende fälle vorgekommen: da gabs einen jugendrichter, der hatte sehr schwierige menschliche fälle, auch kinder, die ihren müttern entzogen werden sollten usw..und der hat sich also darüber beschwert, daß bei dieser vielfaltarbeit absolut nichts zu bewältigen wäre und daß er es mit seinem gewissen nicht mehr vereinbaren könnte, in dieser weise zu arbeiten. er ging in urlaub und wie er wiederkam, war er weg vom dezernat, ohne daß man ihn gefragt hätte, bums, weg war er. der hat sich gewehrt mit einer gruppe zusammen, die waren auch im richterbund, dagegen und auch gegen andere mißstände,und haben damals einen regelrechten kampf hier mit der bürokratie angefangen in den jahren 66/68/69. da war also ein gewisser hoffnungsschimmer; da hatte sich eine gruppe zusammengefunden und die hatte dann unterstützung erhalten, als der wassermann nach frankfurt kam. wir hatten auch mal eine kurze periode mit einem relativ liberalen justizminister namens strebels. den hat man inzwischen abgeschossen, so würde ich das nennen. das war mal so ein gewisser lichtschimmer. ich will nur sagen, es gibt gewisse perioden, wo etwas zu machen ist. damals sind tatsächlich einige dinge beseitigt worden. die bürokratie mußte zurückstecken, sie mußte z. b. etwa sog. "schwarze eintragungen" aus den personalakten streichen etc. das war damals möglich. das ist jetzt nicht mehr möglich! das war eben eine änderung der großwetterlage, die 68/69 hier in hessen liberal war. da haben andere schon mit der geballten faust in der tasche dagesessen,um hier eine änderung herbeizuführen. die bürokratie blieb natürlich, die hat sich erst mal geduckt, sich dieser entwicklung angepaßt. als dann all die weg waren, hat man zum schlag, zum gegenschlag ausgeholt und hat mit den leuten abgerechnet. u.a. hängt damit auch der rausschmiß eines assessors zusammen, der sich als assessor stark engagiert hatte, und eben damals ziemlich sicher war, weil leute da waren, die ihn abgedeckt haben. ich will mal sagen, da ja im moment die ganze baader-meinhof-geschichten dazukommen, spielt eine hysterisierung der justiz eine noch viel größere rolle, als die der bevölkerung. das hat hier in frankfurt schon mit den demonstrantenprozessen angefangen, die waren hier sehr zahlreich, und haben zu dem ergebnis geführt: alle,die irgendetwas in richtung liberalisierung und vermenschlichung getan haben, wurden als anarchisten und staatszerstörer denunziert. wenn man irgendetwas kritisiert in der justiz, dann heißt es schon: man fällt der justiz in den rücken und hilft den anarchisten und ähnlichen. eine unglaubliche hysterisierung hat da eingesetzt. nachdem man dann wassermann und so vertrieben hatte, hat man bewußt leute hingesetzt, von denen man wußte, die machen das richtig. die bringen die richter zur raison, die bringen die referendare zur raison. man hat in dem moment, als wassermann wegging,sofort bei den referendaren angesetzt. wassermann hat ja recht gehabt, und hatte vor allen dingen auch seinerseits bei den referendaren angesetzt; hat die referendararbeit intensiviert, hatte es schon in berlin beim kammergericht getan, hatte es hier in hessen geleistet, hatte auch die mitwirkung der referendare und die artikulierung ihrer forderungen, auch politischer forderungen, weitgehend zugelassen. es gab damals richterversammlungen, referendarversammlungen und all diese dinge, die aber in wiesbaden innerhalb der bürokratie geradezu schockierend gewirkt haben. deswegen mußte wassermann hier über die klinge springen. ich meine, jetzt in niedersachsen muß er viel vorsichtiger agieren, sonst ereilt ihn da das schicksal auch.

das erste was hier war, als das neue regime anfing, daß man die freiheit der referendare erst mal beschnitt, und alle die dann aufmuckten, in versammlungen forderungen artikulierten und gegen bestimmte mißstände auf die barrikaden gingen, zu der zeit, als die referendare noch schönfelder* für ihre ausbilder einordnen mußten. das wurde öffentlich angeprangert und alle,die diese dinge anprangerten, die hat man dann gestriezt, die hat man dann in kammern gesetzt, wo sie die miesesten ausbilder kriegten und dann noch schlechte noten. die mußten wie die wilden arbeiten. die note spielt ja eine große rolle, weil man sie als referendar zu einem drittel fürs examen angerechnet bekommt. auf diese weise hat man es verstanden, innerhalb relativ kurzer zeit, die referendare so ziemlich zu disziplinieren. es gibt noch einige, die versuchen, hier aufzumucken. aber es ist ja so, als referendar ist es noch nicht ganz so schlimm, als wenn man assessor ist, weil man da sagen kann: gut, nachher kann der anwalt werden und etwas mehr rechte hat der referendar noch im falle eines rausschmisses. es gibt ja entscheidungen die besagen, der gesamte ausbildungsweg gehört zur ausbildung. da hat der staat das ausbildungsmonopol, und der referendar muß seine ausbildung beenden können. deswegen ist es schwieriger,einen referendar als einen assessor

rauszuschmeißen. aber es ist dann natürlich so, daß er nicht in die justiz übernommen wird. er geht dann als anwalt deswegen hat der referendar noch einen etwas größeren spielraum als der assessor.

die zeit als assessor dauert vier jahre. den nächsten schritt, den sie gemacht haben, war, einen assessor nach vier jahren mit getöse rauszuwerfen. wenn einer vier jahre assessor ist, dann schmeißt man ihn nicht raus, dann muß man ihn ernennen. man hat den letzten tag abgewartet und ihn dann rausgeschmissen. der kämpft! er ist jetzt beim bundesrichterdienstgericht und hat mindestens schon 8 000 dm an prozeßkosten. es ist natürlich eine existenzfrage, die auf sie zukommt. das müssen sie sich überlegen. es ist eben so, nachdem die ganze disziplinierung stattgefunden hat, was im moment der fall ist. das geschieht immerwieder neu, wenn irgendetwas passiert. manche freuen sich darüber, wenn irgendwo eine bombe fliegt. dann kann wieder eine atmosphäre geschaffen werden, in der jedes engagement, vor allem wenn es in gruppen geschieht, eben gleich repressionen auslöst. aber es gibt die möglichkeit zu hoffen, daß es mal wieder anders wird, daß sich die emotionen legen.

ich meine auch, wir sollten die fähigkeit lernen, widerstand und beharrlichkeit zu leisten und auch derartige großwetterlagen,wie siejetzt bestehen,durchzustehen und nicht zu kapitulieren. man sollte sich davor hüten, sich in dieser dezernatsarbeit zu verschleißen und den kern dabei zu übersehen, daß eben durch dieses unmenschliche system, das die justiz in vielen bereichen, insbesondere in weiten bereichen des strafrechts und des strafvollzugs darstellt - aber auch in denen des mietrechts - bei eben dieser fließbandarbeit die richter gar nicht merken, daß sie unrecht schaffen. dafür muß man sich unbedingt die notwendige zeit nehmen, muß man unter wahrung der gewissen vorsicht - insbesondere als richter auf probe, was betont werden muß - die fähigkeit zum widerstand und vor allem zum durchhalten erlernen.

auf der anderen seite steuert die bürokratie diesem anstoß entgegen, und zwar nach einem selektionsprinzip, da die unbedingt verhindern wollen, daß sich gleichgesinnte zusammenfinden. wenn die dann tatsächlich merken, da existieren einige gleichgesinnte und das findet auch in ihrer rechtsprechung niederschlag, dann trennt man das ganze. es wird ja schon jetzt bei der einstellung in den justizdienst praktiziert. die haben wieder genügend bewerber. sie schrauben jetzt erst mal die noten hoch - 2,6 ist in hessen die einstellungsnote. sie suchen sich die leute ganz genau raus.

ich muß doch wieder an die goldenen 68er, 69er-jahre anknüpfen: man hatte ja gehofft, daß aus dieser referendarbewegung eine richterbewegung und auch ein kontinuierlicher nachschub für diese richterbewegung werden würde. diese hoffnung hat eben getrogen, aus vielerlei gründen, unter anderem aus dem grund, daß man eine ganze reihe von bewerbern mit fadenscheinigen gründen abgewiesen hat. man wollte sie nicht haben, weil sie eben nicht justiz- und systemkonform sind!

dann macht man noch folgendes, das ist das zweite diabolische, daß man leute, die noch aufmucken, von denen man aber das gefühl hat, die kann man umdrehen, daß man irgendwie versucht, diese leute zu avancieren. man sagt denen also: geh mal da an das gericht, man sagt ihnen: sie sind doch ein guter mann usw.. dann steckt man sie in eine kammer und gibt ihnen , wie man so schön sagt, die nestwärme. so werden sie in die kammer integriert: man muß zusammen mittagessen gehen und lauter solche sachen, da gibt es, spöttisch sagen wir, den storchengang, da geht der vorsitzende vorne weg, dann der erste beisitzer und hinten der assessor. da werden die leute in die kammern gesteckt, oft sucht man sich dazu progressive leute aus, wo man das gefühl hat, na ja, mit der zeit erreichen wir das schon im guten. man sagt ihm: sie sind doch gut usw. so dreht man die leute einfach um! da werden manchmal, das ergibt sich ohne weiteres, ohne daß man den leuten einen vorwurf machen kann, werden leute nach einigen jahren völlig verändert. das sind plötzlich ganz andere geworden: sie finden überhaupt nichts mehr schlecht, finden alles gut und denunzieren die, die noch kritisieren, als stänkerer

die da "oben", die so was machen, die haben auch gelernt, wie sie diesen bewegungen entgegensteuern. vor allem wollen sie die, die widerstand leisten, sich gegen das system stellen, isolieren. sie reflektieren darüber: wenn einer isoliert ist, dann geht er nervlich kaputt. wir werden den pieksen, den werden wir schikanieren, der muß isoliert sein, der darf ja keine kontakte bekommen.

diese gewisse entwicklung in hessen, die positive entwicklung 68/69 war nur möglich, weil sich da eine gruppe zusammengetan hat und die ist inzwischen auseinandergebrochen. der isolierte widerstand ist deshalb sehr gefährlich. das sprechen die ganz offen aus da oben, das haben die inzwischen wohl von der psychologie gelernt, daß,wenn man leute isoliert und sie dann jahrelang drangsaliert und so, im ungewissen hält usw., daß man die leute dann zur frustration bringt. und wenn man das gefühl hat, daß sich irgendeine gruppe zusammentut, die dann da irgendwie arbeit leistet, daß man dann alle möglichen mittel einsetzt, um diese gruppe auseinander zu bringen, daß man also den einen ans andere gericht setzt, oder ans landgericht, oder daß ' man leute rumdreht, um diesen tendenzen entgegenzuwirken. deswegen ist das alles kolossal schwierig. es wird zur zeit bei der einstellung peinlich darauf geachtet, wen man einstellt, daß man ja nicht die falschen einstellt. also die radikalenfrage spielt schon gar keine rolle mehr, man guckt schon gänzlich außerhalb dieser frage darauf, ob es nicht etwa einer ist, der privat widerspenstig ist oder zum widerstand neigt. wenn da einer, das kann ich ruhig sagen, wenn da einer ein paarmal in den personalakten stehen hat, er neige zum widerspruch und so, dann können sie damit rechnen, daß im moment bei dieser großwetterlage dieser dann nicht in den justizdienst eingestellt wird, weil sie sagen, aha, hier haben wir einen, der macht stunk nachher. da jetzt die bewerber quasi schlange stehen, können sie sich die leute sehr stark aussuchen. da machen die natürlich von dieser sache gebrauch und das ist eben ganz gefährlich. hier zeigt sich eine existenzgefährdung, die den leuten droht, wenn sie abgewiesen werden. sie können höchstens noch in der anwaltschaft unterkommen usw. das ist eine existenzangst bei den assessoren, die familie haben oder ähnliches. wenn die rausfliegen bei der lage auf dem arbeitsmarkt im juristischen sektor, der sichtbar schlecht ist hier in frankfurt, bei einer hiesigen überbesetzung von anwälten usw. ist das eine existenzbedrohung. diese dinge spielen auch eine große rolle, die existenzangst, die wird auch bewußt eingeführt, um all diese dinge zu ersticken.

(schönfelder, deutsche gesetze, loseblattsammlung)

DOKUMENT 2 FRANKFURT. EINSTELLUNG DES VERFAHRENS ODER FREISPRUCH FÜR HAUSBESETZER

alle verfahren gegen die leute, die bei der räumung der besetzten häuser bockenheimer-ecke schumannstr. (siehe ID nr. 1, 9, 10, 14, 17, 19 - 24, 26 - 29, 32, 49, 52, sondernummer) wegen hausfriedensbruch angezeigt waren, sind eingestellt oder positiv, d.h. freispruch entschieden worden. auch bei denen, die keinen miet-; bzw. nutzungsvertrag hatten oder zu besuch waren.

begründung der staatsanwaltschaft beim landgericht frankfurt am main:
das ermittlungsverfahren gegen die ...in frankfurt/m. wegen hausfriedensbruchs (strafantrag des ignatz bubis in frankfurt/m. vom 20.2.74) wird eingestellt (§ 170 abs.2 strafprozeßordnung). gründe: die beschuldigte wurde am 21.2.74 bei der räumung der besetzten häuser in der bockenheimer landstraße/schumannstraße wegen verdachts des hausfriedensbruches festgenommen. der hauseigentümer hatte zuvor strafantrag gestellt. die ermittlungen haben ergeben, daß die beschuldigte am 28.7.72 mit der gemeinnützigen gesellschaft für wohnheime und arbeiterwohnungen m.b.h., die die vier häuser auf grund eines nutzungsvertrages mit den hauseigentümern verwaltete, einen mietvertrag über eine wohnung im haus schumannstraße 69 geschlossen hatte. mit dem abschluß dieses vertrages und der besitzeinräumung war somit ein besitzrecht begründet, aus dem sich für diese hausbewohner ein hausrecht im sinne des § 123 stgb herleitete.

auch das in dem verfahren 331 c 542/73 des amtsgerichts frankfurt/m. am 20.7.73 ergangene räumungsurteil sowie dessen anschlußentscheidung führte nach der einhellig in schrifttum und praxis vertretenen auffassung nicht zum verlust des unmittelbaren besitzes und damit des hausrechtes. das verweilen des früheren mieters in den mieträumen entgegen der zivilrechtlichen räumungspflicht auf grund vollstreckbarer titel stellt somit kein unbefugtes verweilen gemäß § 123 stgb dar (dreher, strafgesetzbuch, 33.auflage, anm. 3bb zu § 123; leipziger kommentar, 9.auflage randnummer 44 zu § 123 stgb; maurach, strafrecht, bes.teil, 3.auflage, s.165; rgst 36/322).

das verfahren war daher gem. § 170 abs.2 stpo einzustellen.

belehrung: nach dem gesetz über entscheidung für strafverfolgungsmaßnahmen. der beschuldigte kann innerhalb einer frist von einem monat nach zustellung dieser mitteilung bei dem amtsgericht in frankfurt/m. einen antrag auf feststellung der pflicht, aus der staatskasse entschädigt zu werden, stellen, wenn er durch die gegen ihn vollzogenen strafverfolgungsmaßnahmen der vorläufigen festnahme und gegebenenfalls der sicherstellung und beschlagnahme einen schaden erlitten hat. gegenstand der entschädigung ist der durch die oben bezeichnete strafverfolgungsmaßnahme verursachte vermögensschaden und im falle der freiheitsentziehung auf grund gerichtlicher entscheidung auch der schaden, der nicht vermögensschaden ist.

entschädigung für vermögensschaden wird jedoch nur geleistet, wenn der nachgewiesene schaden den betrag von 50 dm übersteigt. eine entschädigung ist ausgeschlossen oder kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn ausschluß- oder versagungsgründe nach den bestimmungen der §§ 5 und 6 des gesetzes über die entschädigung für strafverfolgung vom 8.3.71 (bgbl 1, s.157) vorliegen. eine entscheidung über den antrag kann erst ergehen, wenn der einstellungsbescheid nicht angefochten wird oder unanfechtbar geworden ist.

DOKUMENT 3 VERSTAATLICHUNG - ERFOLG FÜR DIE MULTINATIONALEN KONZERNE (teil 1)

die ergebnisse des parlamentarischen untersuchungsausschusses:
warum die telefon-verträge annuliert wurden
von antonio elio brailovsky (aus: cronista comercial 10., 17. und 19. juni 1974)

am freitag, dem 7. 6. 74, stimmte das nationale abgeordnetenhaus dem antrag auf annulierung der zwischen entel (empresa nacional de telefono - nationale telefongesellschaft) und den unternehmen siemens und standard electric argentina unterzeichneten verträgen zu; mit einem stimmenverhältnis, das sehr ungewöhnlich für unsere bewegte parlamentarische geschichte ist: der antrag wurde mit 146 zu null stimmen angenommen

diese einmütigkeit ist das resultat einer erdrückenden beweislast, die in sechs berichtsbänden enthalten ist. erarbeitet wurden sie von einem eigens für die untersuchung dieses falles eingesetzten ausschuß. ohne zweifel war einer der faktoren, die zu dieser übereinstimmung aller geführt hatten, daß die hauptbeschuldigten - personen wie unternehmen - keine alternative angeboten hatten, die man als akzeptabel hätte bezeichnen können. die beweise erschienen so schlagkräftig, daß niemand geneigt war, die eigene politische karriere für eine verlorene sache aufs spiel zu setzen. hier werden wir eine kurze zusammenfassung der gründe wiedergeben, die den kongreß bewegten, diese verträge zu annulieren.

mängel des vertragsabschlusses: zwischen september und oktober 1968 wurden je gesonderte verträge zwischen entel und den beiden firmen siemens und standard electric argentina abgeschlossen. inhalt der verträge war die vergabe von aufträgen für die errichtung von 390 tausend telefonanschlüssen an das erste unternehmen und 340 tausend telefonanschlüssen an das zweite unternehmen, der damalige innenminister dr. guillermo borda stellte in bezug auf die verträge fest, daß sich "das projekt auf den anderhalbfachen wert des staudammes el chocón cerros colorados" belaufen würde. die kosten für das telefonprojekt beliefen sich auf 78 milliarden alte pesos (223 millionen dollar zum damaligen kurs von 350 : 1, d. übers.), zu denen noch weitere für arbeits und wartungskräfte, für werkzeuge usw. kamen, so daß der endbetrag 220 milliarden alte pesos (629 millionen dollar, d. übers.) ausmachte. entel wurde damals autorisiert, sich beim ausland mit 45 millionen us-dollar zu verschulden.

die ersten unregelmäßigkeiten finden sich in den verträgen selbst: sie wurden 1968 unterzeichnet, aber erst am 17. 3. 69 veröffentlicht. der ex-wirtschaftsminister adalbert krieger vasena verzögerte die genehmigung der verträge mit dem ziel, kredite aus dem ausland im wert von 25 millionen us-dollar und 80 mil. deutsche mark zu erhalten.

dieses geld wurde jedoch nicht für das telefonprojekt verwendet, sondern um das loch in der staatskasse zu stopfen. diese geldübertragung war so ungesetzlich, daß sich niemand öffentlich dafür verantwortlich zeigen wollte. man erfand deshalb für diesen zweck eine spezielle juristische figur: die "geheimver-

ordnung" (decreto reservado). die gelder wanderten mittels dieses geheimen erlasses, der nirgends veröffentlicht wurde und erst bei dieser untersuchung ans licht kam, vom telefon in die staatskasse. auf diese weise blieb entel ohne geld, so daß die verträge nicht in angriff genommen werden konnten. entel mußte auf kurzfristige kredite im in- und ausland zurückgreifen und dafür hohe zinsen zahlen. in einigen fällen boten sich die vertragsunternehmen selbst als vermittler an, um diese kredite bei angeschlossenen finanzgesellschaften aufzutreiben.

damit dies möglich wurde, vernichtete man einige blätter des ursprünglichen vertrages und erstellte neue, wobei einige zeilen freigelassen wurden für den fall, daß noch weitere veränderungen notwendig werden sollten - und man setzte die unterschriften verschiedener personen, die außerhalb des landes weilten, unter den vertrag.

der vertrag über den staudamm "el chocón" wurde nach 20 jahren technischer und wirtschaftlicher studien geschlossen. die telefonverträge - 1 1/2 chocóns - wurden ohne jegliche vorstudien oder untersuchungen abgeschlossen. die preise, die 1968 veranschlagt worden waren, basierten nicht auf einer kostenrechnung. als die verträge der öffentlichkeit übergeben wurden, (nachdem sie von einem geheimen gesetz durch angania angenommen worden waren), erschienen nur die formalen aspekte, nicht jedoch eine kostenaufstellung über die notwendigen geräte, kabel, arbeitskräfte usw., die entel kaufen mußte. da entel nicht über diese informationen verfügte, übergab ihnen die firma siemens eine kopie der kostenaufstellung. sie wurde für die berechnung der preise verwendet, die entel an die vertragspartner zahlen mußte. die listen enthielten "irrtümer", die sich günstig für siemens auswirkten.

aber die preismanöver hörten da noch nicht auf: da ein kostenvoranschlag des gesamtprojektes fehlte, verkauften die unternehmen praktisch alles zu überhöhten preisen an entel. das ergab sich aus einem vergleich der preise, die entel einerseits für den import von benötigten geräten und anlagen bezahlte und die andererseits die beteiligten unternehmen für die gleichen geräte zu zahlen hatten. resultat: entel zahlte 30 bis 200 % mehr als die privaten gesellschaften - für das gleiche produkt! die verträge verpflichteten die unternehmen, einen großteil ihrer teile im land selbst zu produzieren (siemens zu 75 % und standard electric zu 85 %). der ex-minister borda wies auf die bedeutung hin, die dies für die entwicklung der nicht-traditionellen industrie des landes haben würde, wosowie auf die schaffung von arbeitsplätzen und fügte hinzu: "bis zum jetzigen zeitpunkt wurden nur 50 % der materialien im land produziert". in einem vertrag von 1960 hatte standard jedoch versprochen, die gesamten notwendigen ausrüstungsgegenstände ab 1963 im land zu produzieren. d.h. der minister gab falsche zahlen an, nur um zu ermöglichen, daß die unternehmen mehr importe machten als der notwendigkeit entsprach.

man muß nicht glauben, daß standard electric das einzige unternehmen war, das beim import von industriegütern begünstigt worden war. im falle von siemens wurde z.b. ein zusatzvertrag unterzeichnet, in dem entel das vermittlungssystem esk (edelmetall-schutz-kontakt, d. übers.) statt des besseren systems emd (edelmetall-motor-drehwähler, d. übers.) annahm.

welchen vorteil hat das esk-system? vom technischen standpunkt aus gesehen: keinen! die bundespost der brd und die telefongesellschaft großbritanniens hatten das system in früherer zeit zurückgewiesen, weil sie es für ihre jeweiligen telefonsysteme als ungeeignet betrachteten. aber dafür war ein vermittlungssystem, das auf esk-basis aufgebaut wurde, um rund 22 % teurer als ein entsprechendes auf emd-basis.

die einzige "besonderheit" des esk-systems war, daß es eine höhere importrate erlaubte als ursprünglich vereinbart worden war. auf diese weise mußte das land 50 % mehr devisen zahlen als anfangs vorgesehen war.

alle diese faktoren helfen, eine der hauptunregelmäßigkeiten der verträge zu verstehen: der weg, den sie in der verwaltung liefen. die verträge wurden außerhalb der vorschriften der nationalen und öffentlichen buchführungsgesetze abgeschlossen; man entzog sie der kontrolle des nationalen rechnungshofes. man versuchte sogar, sie einer juristischen überprüfbarkeit durch das verwaltungsgericht zu entziehen. dies erreichte man, indem man ihnen den charakter eines nationalen gesetzes gab. es gibt keinen zwingenden grund, einen werkvertrag mittels eines gesetzes anzunehmen. man macht gesetze für allgemeine nicht für besondere fälle. auf diese weise war man verpflichtet, ein anderes gesetz zu verabschieden, um die verträge aufzuheben.

in bezug auf die ökonomischen konsequenzen stellte der abgeordnete carlos gallo, präsident der untersuchungskommission, fest: "bedauerlicherweise hat die zweideutige und unpräzise form des vertrages, zusammen mit dem mangel an technischen studien, bestimmt, daß der vorgesehene nutzen für die gemeinschaft sich in einen übermäßigen nutzen für die multinationalen konzerne verwandelte. von alledem, was jener minister damals in seiner rede behauptete, wurde ausschließlich die verpflichtung von entel erfüllt, die vertragssumme zu bezahlen."

die bei der untersuchung festgestellten mängel erschöpfen sich nicht in denen des unterzeichneten abkommens. dazu kommen weitere, die sich tagtäglich im verhältnis zwischen entel und den vertragsunternehmen standard electric und siemens ergaben.

eine der größten unregelmäßigkeiten entdeckte der untersuchungsausschuß im zusammenhang mit dem import von ausrüstungsgütern zur herstellung von telefoneinrichtungen.

es handelt sich dabei um einen punkt, für den die strikte kontrolle der beschafften produkte aus verschiedenen gründen von größter bedeutung ist; insgesamt geht es darum, sicherzustellen, daß keine güter eingeführt werden, die man im eigenen land herstellen kann, daß die gezahlten preise den jeweiligen produktionskosten entsprechen und daß die endprodukte die festgelegte proportion zwischen lokaler und ausländischer produktion wahren. alle diese kontrollen waren mit schweren fehlern behaftet oder existierten überhaupt nicht.

einer der hauptirrtümer bestand darin, die funktionsweise der unternehmen standard und siemens ohne berücksichtigung ihrer abhängigkeit von den jeweiligen muttergesellschaften zu betrachten. das heißt: man legte kriterien an, die auf der stillschweigenden voraussetzung beruhten, daß die unternehmen beim einkauf keine preise zahlendürften, die über dem niveau des internationalen marktes liegen.

die untersuchung zeigt dagegen auf, daß das verhalten eines unabhängigen unternehmens sich grundlegend von dem einer filiale eines multinationalen konzerns unterscheidet.

in diesem letzteren fall plant das unternehmen seine geschäfte weltweit, wobei es rentabel erscheinen kann, die produktion eines tochterunternehmens zugunsten von anderen einzuschränken. das heißt, daß die profite eines multinationalen unternehmens sich nicht aus der einfachen summe derjenigen der filialen ergeben, sondern daß gewinne auf der einen seite mit verlusten auf der anderen ausgeglichen werden.

im hinblick auf die importe wird eine grobe beschreibung des angewandten mechanismus eine klärung des themas erlauben:

- zunächst baten die unternehmen entel um eine aufstellung von ausrüstungsgütern ausländischer herkunft. die staatliche gesellschaft übernahm den import. bei diesen gütern handelte es sich sowohl im falle von siemens wie bei standard um produkte der jeweiligen muttergesellschaften oder beteiligter unternehmen.
- auf der grundlage dieser den unternehmen zur verfügung gestellten aufstellung verschuldete sich entel in devisen, um die verlangten güter zu erwerben. die von entel gezahlten preise wurden in keiner weise kontrolliert. ebensowenig stellte man sicher, daß die unternehmen die besagten güter zur ausstattung von telefonzentralen verwandten und nicht für einen anderen produktionstyp.

die bedeutung der verschuldung von entel wird durch die tatsache verdeutlicht, daß bei lieferungen zu 20 % bar bezahlt und zu 80 % kreditiert wurden, beides völlig in devisen.

- beim eintreffen der güter im hafen von buenos aires übergab entel sie an die damit arbeitenden vertragsunternehmen. zu diesem zeitpunkt wäre das einsetzen eines kontrollmechanismus unerläßlich gewesen, um festzustellen, ob die eingetroffenen güter mit den angeforderten übereinstimmten. die untersuchung lieferte denn auch den schlagenden beweis, daß eine solche kontrolle überhaupt nicht existierte.

daraus folgt, daß die unternehmen mit ihren muttergesellschaften die lieferung anderer als in der bestellung von entel angeführter güter vereinbart hatten, und daß diese güter in gleicher weise für andere als in den verträgen festgelegten zwecke verwandt wurden.

die tragweite dieses sachverhaltes besteht darin, daß für importe, die die unternehmen untereinander abwickeln, hohe zölle zu entrichten waren, während die über entel getätigten importe von solchen abgaben befreit waren. da keine halbwegs wirksamen kontrollen existierten, importierten die unternehmen frei über entel und benutzten die güter zum verkauf auf ausländischen märkten, statt sie im sinne der telefonverträge zu verwenden.

- aus dem gesagten ergibt sich, daß die unternehmen ohne zollabgaben importierten und dieselben produkte wieder exportierten, wobei sie für dieses verfahren noch die rückerstattung und die subventionen kassierten, die dem export nicht-traditioneller produkte gewährt werden.

dies zeigt die existenz eines mechanismus weltweiter wirtschaftlicher planung auf. dieser mechanismus wird in solchen fällen wie dem geschilderten verstärkt, in denen die nationalstaaten darauf verzichten, ihre aufgabe der kontrolle des wirtschaftslebens wahrzunehmen.

- die importierten güter wurden von entel an die vertragsunternehmen zur weiteren verwendung übergeben. praktisch handelt es sich um einen zinslosen kredit der staatlichen gesellschaft gegenüber den lokalen zweigunternehmen.

umgekehrtes spielte sich jedoch bei den krediten nicht ab, die entel durch die muttergesellschaften der in unserem lande angesiedelten unternehmen gewährt worden waren. das heißt: entel mußte eine doppelte finanzleistung auf sich nehmen: einerseits die zinszahlung für die käufe, andererseits die gewährung völlig zinsloser kredite.

- die vertragsunternehmen führten in keiner geeigneten weise buch über die in ihrem besitz befindlichen, entel gehörenden güter. die existenz solcher güter erscheint in keinem geschäftsbericht und keiner generalbilanz der unternehmen. ferner wurde nachgewiesen, daß die unternehmen eigene güter und solche, die entel gehörten, durcheinanderbrachten oder verwechselten, was jede nachträglich kontrolle unmöglich machte. das heißt: entel übte keine kontrolle aus über das, was sie den vertragsunternehmen übergab, und diese registierten nicht, was sie von entel erhielten. angesichts dessen gelangte der untersuchungsausschuß zu der schlußfolgerung, daß es unmöglich ist zu wissen, was wirklich ins land kam, ob die gezahlten preise korrekt waren, ob es wirklich notwendig war, jene güter zu importieren, und auf welche weise diese güter schließlich verwendet wurden.